Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 266. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 10. Juni 1876.**

Deutschland.

Berlin, 9. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major a. D. von Arlt, bisher Ingenieur vom Platz der Festung Ulm, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Vorsitzenden der Königlichen Eisenbahn-Commission zu Danzig, Eisenbahn-Ober-Betriebs-Inspector Max Sebaldt, zum Regierungs- und Baurath ernannt und dem Rendanten des Bergischen Schulfonds Heinrich Wolters zu Düsseldorf, aus Anlaß seiner Versetzung in den Ruhestand, den Charakter als Domainen-Rath verliehen.

Es sind versetzt: Der Kreisgerichts-Rath Döring in Tangermünde an das Kreisgericht in Stendal, der Kreisrichter Trusen in Pleschen, unter Uebertragung der Functionen des Abtheilungs-Dirigenten an das Kreisgericht in Wreschen, der Kreisrichter Edmann in Rawicz als Stadtrichter an das Stadtgericht in Breslau, der Kreisrichter Milferstaedt in Schwiebus an das Kreisgericht in Wriezen, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Neustadt E.-W., der Kreisrichter Kreich in Jacobshagen an das Kreisgericht in Berlin, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Oranienburg, der Kreisrichter Waldmann in Festenberg an das Kreisgericht in Krotoschin und der Amtsrichter Meyer in Vörden an das Amtsgericht in Osnabrück. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Staatsanwalts-Gehilfe von Hagenow in Anclam bei dem Kreisgericht in Spremberg, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Hoyerswerda, der Gerichts-Assessor Schwing bei dem Kreisgericht in Stralsund, mit der Function als Gerichts-Commissar in Franzburg, der Gerichts-Assessor Zurhorst bei demselben Kreisgericht. mit der Function als Gerichts-Commissar in Barth, der Gerichts-Assessor Gericke bei dem Kreisgericht in Naumburg, mit der Function als Gerichts-Commissar in Cölleda, der Gerichts-Assessor Höning bei dem Kreisgericht in Jüterbog, mit der Function als Gerichts-Commissar zu Baruch, der Gerichts-Assessor Fähndrich bei dem Kreisgericht in Berlin, mit der Function als Gerichts-Commissar in Zossen, der Gerichts-Assessor Lämmel bei dem Kreisgericht in Neu-Ruppin, mit der Function als Gerichts-Commissar in Lindow, der Gerichts-Assessor Grunwald bei dem Kreisgericht in Mohrungen, mit der Function als Gerichts-Commissar in Saalfeld, und der Gerichts-Assessor Peck bei dem Kreisgericht in Meseritz. — Zu Friedensrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Weidehase bei dem Friedensgericht in Lebach und der Gerichts-Assessor Füngling bei dem Friedensgericht in Velbert. — Der Kreisrichter Kunad in Pillkallen ist zum Staatsanwalts-Gehilfen bei den Kreisgerichten in Angerburg und Lötzen und der Gerichts-Assessor Kunckell zum Staatsanwalts-Gehilfen bei der Ober-Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. ernannt. — Dem Staatsanwalts-Gehilfen Dr. Crüsemann in Breslau ist behufs Uebertritt in den Dienst der freien Stadt Bremen die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Berlin, 9. Juni. [Se. Majestät der Kaiser] ließ Sich heute von den Hofmarschällen Grafen Pückler und Grafen Perponcher Vortrag halten und empfing den Vice-Oberstallmeister von Rauch nach dessen Rückkehr von der Beisetzungsfeierlichkeit in Strelitz, sowie den Polizeipräsidenten von Madai.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing gestern Se. Hoheit den Prinzen Hassan von Egypten, der nach Baden gekommen war, um Sich von Ihrer Majestät bei seiner Rückkehr in sein Vaterland zu verabschieden. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 9. Juni. [Zum Culturkampf. — Die orientalische Frage.] Unverkennbar ist von den leitenden Regionen der römischen Hierarchie die Parole ausgegeben, an die Stelle des seit einiger Zeit thatsächlich beobachteten Waffenstillstandes wieder eine agitatorische Thätigkeit erhöhten Grades treten zu lassen. Dafür zeugen nicht blos die Hetzartikel in den Organen der ultramontanen Presse, sondern auch mancherlei tumultarische Vorgänge, die namentlich aus der Provinz Posen berichtet werden. Noch ehe diese Symptome einer Wiederaufnahme fanatischer Kriegsführung gegen die staatliche Obrigkeit zu Tage traten, hatte schon die „Eisenbahn-Zeit.", deren Führer und Inspiratoren unverkennbar mit den Jesuiten conspiriren, die ausgegebene Parole für den neuen Feldzug verrathen, indem sie erklärte, daß die Verhältnisse jetzt in ein Stadium gelangt seien, wo die Katholiken es nicht mehr über sich gewinnen könnten, innerhalb der Grenzlinien des passiven Widerstandes zu verharren. Jetzt wiederholen nicht blos die ultramontanen Blätter unter Führung der „Germania" dieselbe Kriegserklärung, sondern auch die thatsächlichen Vorgänge beweisen, daß man vom ultramontanen Lager aus große Anstrengungen macht, um die Weissagung in Erfüllung gehen zu lassen. Im Angesicht dieser Wühlereien ist es anerkennenswerth, daß das Hauptorgan der Rheinprovinz in ernster und überzeugender Ausführung auf die innere Haltlosigkeit der leidenschaftlichen Tiraden über die vermeintliche Heiligthumsentweihung hinweist und von den durch die Ohlauer Vorgänge veranlaßten Hetzereien an das christliche Gewissen appellirt. Uebrigens constatirt das rheinische Blatt, daß der Minister des Innern durch seine Beantwortung der Franz'schen Interpellation Alles gethan habe, um dem katholischen Bewußtsein und der religiösen Empfindung überhaupt gerecht zu werden. — In der Presse derjenigen Parteien, welche auf einen großen Weltbrand und vor allen Dingen auf Verlegenheiten der deutschen Politik speculiren, hat sich schon die zuversichtliche Erwartung laut gemacht, daß aus dem neuesten Stadium der orientalischen Frage sich ein Bruch des Dreikaiser-Bündnisses und ein Uebergang Frankreichs nicht allein, sondern auch Oesterreichs in das Lager der englischen Politik entwickeln werde. Durch die neuesten Kundgebungen aus den leitenden Kreisen dieser beiden Länder ist jedoch deutlich zu erkennen, daß den auf Conflict hindeutenden Combinationen bis jetzt noch jeder positive Anhalt fehlt. Ueberhaupt sind die politischen Constellationen durch die neuesten Ereignisse nicht ersichtlich alterirt worden, und selbst die hervorragendsten englischen Blätter führen keineswegs die Sprache des Mißtrauens und der Feindseligkeit gegen Rußland, sondern vertreten die Bestrebungen einer Vermittelungspolitik.

□ **Berlin**, 9. Juni. [Orientalische Frage. — Abdul-Aziz. — Parlamentarisches. Herrenhaus. Abgeordnetenhaus. — Anhaltische Bahn. — Reichs-Justizcommission.] Die Fluthen scheinen im Verlaufen. In hiesigen maßgebenden Kreisen ist man wenigstens der Ansicht, daß die Krisis für eine allgemeine Verwickelung in der orientalischen Frage vorüber ist und daß eine ernsthafte Störung der europäischen Ruhe vorläufig nicht mehr zu befürchten steht. Englands Drohungen und angebliche Rüstungen stehen in der Luft, so lange es selber ohne Allianzen bleibt, und seine Bemühungen, solche zu erlangen, haben keine Aussicht auf Erfolg. Rußland aber bleibt wohl oder übel bei seiner Politik des Abwartens stehen und bereits gewinnt das Programm der drei Kaisermächte wieder die Oberhand. Die Nachrichten über die friedliche Haltung Serbiens bestätigen sich; man giebt dort dem von Rußland ausgehenden Drucke nach. Rußland, tief in Reformen, namentlich auch auf militärischem Gebiete verwickelt, mit großen, zum Theil strategischen Eisenbahnanlagen beschäftigt, und, wie bekannt, in sehr ungünstiger Finanzlage, kann augenblicklich keinen Krieg führen; England weiß das wohl, daher seine fieberhaften Anstrengungen, sich Bundesgenossen zu verschaffen und den Kriegsruf ergehen zu lassen, allein der Liebe Mühe ist bis jetzt umsonst. — Der angebliche Selbstmord des entthronten Sultans Abdul-Aziz rückt immer mehr in das Reich der Fabeln; die Ungläubigkeit der europäischen Presse erhält eine neue Stütze in dem telegraphisch bekannt gewordenen Verbot des Waffentragens an die Softa's, das an das Zudecken des Brunnens erinnert, nachdem das Kind ertrunken ist. Im Uebrigen wird man nicht mit Unrecht darauf hinweisen, daß der Selbstmord, den das religiöse Gesetz streng verbietet, ein dem gläubigen Muselmanne fast unbekanntes Verbrechen ist. In den letzten Jahren sollen ein oder zwei Fälle in Konstantinopel vorgekommen sein, die den Moslems derartig anstößig erschienen, daß man aus ihnen den Untergang der Welt prophezeihen wollte. Die Comödie, die man mit dem abgethanen Sultan spielt, ist um so abstoßender, als sie die Verkommenheit der zur Regierung gelangten Partei zu Konstantinopel in das grellste Licht stellt und man begreift, daß sie überall Bedenken einflößt, in Betreff der angeblich liberalen Aera, die nunmehr für die Türkei angebrochen sein soll, und die von englischer Seite so emphatisch betont wird. Von Berlin ist zur Situation absolut nichts Neues zu berichten. — Das Herrenhaus hat gestern durch seine Commission für Gemeindeangelegenheiten unter Vorsitz des Oberbürgermeister Hobrecht die Städteordnung in Angriff genommen; von dem Verlaufe wird die Dauer der Session mit abhängig werden. In ministeriellen Kreisen legt man, wie wir hören, zwar das Hauptgewicht auf das Competenzgesetz, hofft aber daneben auch die Städteordnung noch zur Annahme kommen zu sehen. In dem letzteren Falle wäre der Schluß des Landtags auf den 10. Juli festgesetzt, andernfalls würde die Session nicht über Ende Juni hinaus währen. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist auf den 19. d. M., 12 Uhr, anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen u. A. die zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ablösung der Servituten, Theilung der Gemeinschaften und Zusammenlegung der Grundstücke für Schleswig-Holstein, Umzugskosten der Staatsbeamten, Berichte der Budget-Commission über Staatsschuldenwesen und Verwaltung der Bergwerke 2c., Rostock-Berliner Schifffahrtscanal, Petitionen. — Nach der „Post" wird auch der Verkauf der Anhaltischen Bahn durch den Staat vorbereitet; die bezüglichen Verhandlungen in Betreff der Thüringer Bahn sind dem Vernehmen nach bereits ziemlich vorgeschritten. — Die Reichsjustizcommission setzte gestern (8. Juni) die Berathung der Strafproceßordnung von § 85 bis incl. § 110 fort. Es lagen zahlreiche Abänderungsanträge vor, die indessen meist nicht neue Ideen enthielten, sondern vielmehr darauf abzielten, die von der Regierungsvorlage abweichenden Beschlüsse erster Lesung entweder ganz zu beseitigen oder abzuschwächen. Ueberhaupt wird sich auch künftighin die zweite Lesung innerhalb dieser Grenzen bewegen und wird die Hauptthätigkeit der liberalen Mitglieder der Commission sich darauf beschränken, die den Entwurf verbessernden, in erster Lesung angenommenen Anträge aufrecht zu erhalten, wogegen weitergehende Verbesserungsanträge, seien sie nie oder in erster Lesung abgelehnt, nach der Stimmung der Majorität der Commission nur wenig Aussicht auf Annahme haben und deshalb auch wohl nur wenig eingebracht werden. Gestrichen wurde im § 86 die Bestimmung, daß die Zwangshaft aufhört, wenn der Gegenstand, dessen Herausgabe Einer verweigert, bei Durchsuchung gefunden wird oder anderweit an die Behörde gelangt, weil an sich zu eng und nach Uebereinstimmung der Regierung und Commission selbstverständlich. Die Beschlagnahme bei Gefahr im Verzuge wurde außer dem Staatsanwalte, auch den diesem untergeordneten Sicherheits-Polizeibeamten eingeräumt, dagegen trotz des lebhaften Widerspruchs der Regierung die Bestimmung aufrecht erhalten, daß die Genehmigung einer vom Staatsanwalt und dessen Unterbeamten bei Gefahr im Verzuge vorgenommenen Beschlagnahme binnen 3 Tagen nachgesucht werden muß, wenn zu solcher der Betroffene nicht ausdrücklich zustimmt, widrigenfalls sie erlischt. In § 90 wurde die Beschlagnahme verschlossener Briefe und von Telegrammen bei Untersuchungen wegen Uebertretungen ausgeschlossen. In §§ 96 und 97, welche die Cautelen zum Schutze des Bürgers gegen willkürliche und formlose Durchsuchungen enthalten, waren in erster Lesung die Generalclauseln, nach welchen die Beobachtung der betreffenden Vorschriften nur „wenn dies möglich" vorgeschrieben war und welche somit das Princip des Vordersatzes durchlöchern, gestrichen worden. Auf Antrag der Abgeordneten Struckmann und von Puttkammer sind diese Generalclauseln mit geringer Majorität wieder hergestellt worden. Beibehalten wurde dagegen die von der Regierung lebhaft bekämpfte Bestimmung, daß vor der Durchsuchung bei einem Nichtbeschuldigten deren Zweck demselben bekannt zu machen ist. In § 99 wurde die Bestimmung, daß die Durchsicht von Papieren bei dem von der Durchsuchung Betroffenen nur bei Versehen statthaft sei, gestrichen und selbige auch im Falle von Uebertretungen zugelassen, dagegen die Bestimmung beizubehalten, daß solche nur dem Richter (nicht dem Staatsanwalt) zustehe, dafern der Durchsuchte widerspricht und daß der Richter nur die auf die verfolgte Handlung bezüglichen Papiere dem Staatsanwalte abzugeben hat. In erster Lesung war zu § 101, welcher von der Verhaftung und vorläufigen Festnahme handelt, die sog. Collusionshaft gestrichen worden. Zu demselben lag ein Antrag des Abg. Struckmann vor, welcher die Einführung dieser Haft dann zuläßt, „wenn gegen den Angeschuldigten Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß er Zeugen oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten würde, sich der Zeugenpflicht zu entziehen." Der Antrag wurde gegen ca. 5 Stimmen angenommen und dadurch zum Beispiel für Baiern eine Form der Untersuchungshaft eingeführt, welche dort seit 16 Jahren aufgehoben worden, ohne daß irgend ein Mißstand empfunden worden ist. Im Uebrigen wurden trotz entgegenstehender Anträge die Beschlüsse der ersten Lesung beibehalten und namentlich trotz des Widerspruchs der Regierung die Bestimmung aufrecht erhalten, daß dem in Untersuchungshaft Befindlichen die Bequemlichkeiten und Beschäftigung zu gestatten sind, welche dem Vermögen und Stande des Verhafteten entsprechen und nicht mit dem Zwecke der Haft unvereinbar sind, und daß der Richter die hierüber erforderlichen Bestimmungen zu treffen hat, welcher hierbei nicht die sogenannte, im Verwaltungswege erlassene Gefängnißordnung zu berücksichtigen, sondern nur darauf Rücksicht zu nehmen hat, daß durch die Lebens- und Beschäftigungsweise des Verhafteten die allgemeine Ordnung im Gefängniß, welche hier wie in jedem geordneten Hausstande obzuwalten hat, nicht gestört wird.

[Erklärung.] In der jüngsten Nummer der „Kreuzzeitung" findet sich nachstehendes Eingesandt:

Durch die Gnade des hochseligen Königs Majestät in das Herrenhaus berufen, habe ich längere Zeit den Verhandlungen des hohen Hauses regelmäßig beigewohnt; seit mehreren Jahren aber bin ich theils in Folge sehr vorgerückten Alters, zerrütteter Gesundheit und fast gänzlicher Taubheit verhindert, an denselben Theil zu nehmen.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen des Gesetz-Entwurfes über die Amtssprache würde ich desto mehr, wenn es mir möglich wäre, persönlich erscheinen wollen, um meine Ansicht über denselben auszusprechen. Da ich es aber nicht kann, so nehme ich Zuflucht zu dieser Art und Weise, sie kundzugeben.

Von meinen Landsleuten ist vielfach das Occupationspatent vom Jahre 1815 angeführt worden. Ich wollte meinerseits zu den Versicherungen Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. noch diejenigen Sr. hochseligen Majestät hinzufügen, die weniger bekannt sein dürften, da man sich bisher auf dieselben nicht berufen hat.

Als Huldigungs-Deputirter hatte ich die Ehre, mit dem damaligen Landtagsmarschall Grafen Poninski und dem Grafen Eduard Raczynski von Sr. Majestät in einer Privat-Audienz empfangen zu werden, um Se. Majestät zu bitten, das Großherzogthum mit Seiner Gegenwart zu beglücken.

In Verlauf des Gespräches über die inneren Verhältnisse des Großherzogthums Posen erlaubte sich Graf Raczynski zu bemerken, daß die Beamten vielfach sich nicht an die Verordnungen des hochseligen Königs hielten, die polnische Sprache unterdrückten und wo möglich polnischen Besitzstand in deutsche Hände zu bringen suchten. Darauf erwiderten Se. Majestät, daß es ja geschichtlich erwiesen sei, daß die Deutschen von jeher einen Drang nach Osten gehabt, was zu verwehren die größte Ungerechtigkeit wäre, indem es Jedem frei stände, sein Glück zu suchen, wo er es zu finden glaube, jedoch solle es stets im legalen Wege geschehen, und nie in der Absicht, Ihre Sprache oder Nationalität zu untergraben.

Diese hochherzigen Worte kann ich mit meiner Ehre und meinem Eide bekräftigen.

Eduard Graf Sienna Potworowski,
Mitglied des Herrenhauses.

[Dementi.] Der „R.-Anz." schreibt: Die angeblich der „Neuen Börsenzeitung" entnommene und in verschiedene Zeitungen übergegangene Notiz, wonach Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm bei Gelegenheit eines Ferienbesuches im Kronprinzlichen Palais von einem Schüler des Kasseler Gymnasiums begleitet gewesen sein soll, beruht, wie wir auszusprechen ermächtigt sind, lediglich auf Erfindung.

Hannover, 8. Juni. [Die Gründung eines preußischen Beamtenvereins], wozu die erste Anregung von dem vormals hiesigen Landdrosten, jetzigen Regierungspräsidenten in Schleswig, v. Böttichet, ausging, kommt, wie den „Hamb. Nachr." von hier geschrieben wird, nunmehr zur Ausführung. Der Garantiefonds ist bis auf einen ganz unerheblichen Betrag in der statutenmäßigen Höhe von 200,000 Mark gezeichnet, und die Höhe der angemeldeten Lebensversicherungen geht über den zur Eröffnung der Geschäftsthätigkeit des Vereins erforderlichen Betrag von 1,200,000 Mark schon weit hinaus. In diesen Tagen hat nun die Wahl des definitiven Verwaltungsrathes stattgefunden, in welchen gewählt sind die Herren Ober-Präsident Graf Eulenburg von hier, Regierungspräsident von Bötticher in Schleswig, Geheimer Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium des Innern Dr. Forch in Berlin, Consistorialrath Grisebach, Canzleirath Riechers, Schatzrevisor Bode, Regierungs- und Ober-Präsidialrath Bosse und Ober-Gerichts-Rath Hoppenstedt von hier. Der Verwaltungsrath wird ohne Verzug die geschäftsführende Direction ernennen, so daß am 1. n. M. die Geschäftsthätigkeit des Vereins ihren Anfang nehmen wird. Die Betheiligung aus allen Provinzen der Monarchie, besonders aber aus den Reichslanden ist über Erwarten groß und noch fortwährend im Steigen. Vorzugsweise betheiligt sind Lehrer, Subaltern- und Steuerbeamte; jedoch zählt der Verein auch schon unter den höheren und höchsten Verwaltungsbeamten, sowie aus den Kreisen der Richter zahlreiche Mitglieder.

Aus Westphalen, 8. Juni. [Die Maigesetze.] Welche Wirkung einzelne Bestimmungen der Maigesetze haben, muß Folgendes beweisen. Bekanntlich sind u. A. auch die Kapuzinerklöster in Preußen aufgelöst worden; es war jedoch deren Insassen gestattet, im Lande zu bleiben, wenn sie ihre Ordenskleider ablegen und keine geistlichen Amtshandlungen mehr vornehmen würden. In Werne a. d. Lippe, R.-Bez. Münster, bestand nun auch ein solches Kloster, von dessen Bewohnern vier, darunter auch der Guardian, in der genannten Stadt blieben. Eine fromme Wittwe ließ unmittelbar bei dem alten Kloster ein schönes geräumiges Haus bauen und daneben einen großen, prächtigen Garten anlegen. Diese Herrlichkeiten werden jetzt von ihr und drei der Ordensleute, der Guardian selbstredend an der Spitze, gemeinsam benutzt — ein neues Kloster! — Die Kapuziner lesen jeden Tag Messen in der Kapuzinerkirche, natürlich bei — verschlossenen Thüren. Die Gläubigen kennen jene Zeit aber ganz genau, so daß diesem Gottesdienste regelmäßig ein sehr zahlreiches Publikum beiwohnt, und doch ist die Kirche verschlossen! Die Patres tragen, wenn sie sich auf der Straße sehen lassen, Anzüge, die denen der gewöhnlichen Pfarrgeistlichkeit sehr ähnlich sind; die Bärte aber, welche sie beibehalten haben, verrathen sie eben so gut wie früher ihr härenes Gewand. — Wir möchten fragen, ob ein solches Verfahren mit den leitenden Ideen der Maigesetzgebung auch nur im Geringsten zu vereinbaren ist? Unserer Ansicht nach ist es weiter nichts als eine dreiste Verhöhnung der Staatsgesetze! — Leider müssen wir annehmen, daß solche beklagenswerthe Zustände auch noch in anderen Gegenden Preußens bestehen.

Bonn, 7. Juni. [Die zweite Sitzung der altkatholischen Synode] wurde um 4 Uhr von dem Bischof Reinkens eröffnet. Geh.-Rath von Schulte erstattete Bericht über die Anträge bezüglich der Cölibatsfrage.

In der Debatte über diese Frage wurden principiell divergirende Meinungen geltend gemacht. Einzelne Redner hielten die Aufhebung des Cölibatgesetzes für angezeigt, während sie den freiwilligen Cölibat als verdienstvoll anerkannten.

Andere hielten die Aufhebung für inopportun; Andere wieder erklärten sich aus inneren Gründen für die Aufrechthaltung des Gesetzes. Mit der General-Debatte schloß die Sitzung.

8. Juni. Nach der Feier eines Gottesdienstes für die Verstorbenen in der Kirchhofs-Kapelle wurde die dritte Sitzung der altkatholischen Synode um 9 Uhr eröffnet. Die Debatte über die Cölibatfrage wurde fortgesetzt.

Der Vorschlag der Repräsentanz, über alle diese Frage betreffenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen, wurde mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Ebenso mit großer Majorität, daß es der Repräsentanz überlassen werde, wann die Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt werde, und daß ebenso wie die Verheirathung selbstverständlich auch die Verlobung eines Geistlichen unstatthaft sei.

Dagegen wurde der Antrag angenommen, daß die kirchliche Einsegnung

einer Ehe, welche ein Geistlicher nach Ausgebung seiner geistlichen Thätigkeit vor dem Standesbeamten abgeschlossen habe, nicht zu beanstanden sei.

Weiter wurde der Antrag angenommen, daß der Repräsentanz die Erwägung anheimgegeben werde, für die Ausarbeitung eines neuen, mehrere Perikopen für die Sonn- und Feiertage darbietenden Epistel- und Evangelienbuches zu sorgen.

Sodann wurde die durch eingegangene Anfragen hervorgerufene Vorlage der Repräsentanz bezüglich kirchlicher Processionen angenommen, dahin lautend, daß Processionen, wie immer man über deren religiösen Werth denken möge, außerhalb der kirchlichen Gebäude an vielen Orten aus inneren und äußeren Gründen nicht mehr zeitgemäß seien, daß darum in altkatholischen Gemeinden keine neuen Processionen eingeführt, aber über Abstellung herkömmlicher Processionen oder über Aenderungen, welche auf Beseitigung von Mißbräuchen gerichtet sind, an die Repräsentanz berichtet werden solle.

Ein Antrag auf Abschaffung der speciellen Kinderbeichte wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Dann wurden die durch die preußischen Kirchengesetze vom 9. November und vom 20. Juni 1875 nöthig gewordenen Abweichungen von der Synodal- und Gemeindeordnung, betreffend die Bildung und Functionen der Kirchenvorstände gemäß den provisorischen Anträgen der Repräsentanz festgestellt.

Ein Antrag bezüglich der Form der Gemeindewahlen wurde abgelehnt. Ebenso andere Anträge, betreffend die Bildung einer Synodalkasse. Desgleichen der Antrag, die einleitenden Schritte zu thun zur Wahl von noch zwei Bischöfen.

Erfurt, 8. Juni. [Vom ersten deutschen Lehrertage.] Die heutige Hauptversammlung wurde mit dem Gesange: „Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren" eröffnet und sogleich in die Debatte, die Thesen des Herrn Beeger (Leipzig), bez. dessen Vortrag: „Die Disciplinargewalt der Schule" betreffend, eingetreten. Die meisten Redner pflichteten den Ausführungen des Herrn Beeger bei; Einige bezweifelten jedoch die praktische Wirkung der Prügelstrafe. Herr Beeger betonte wiederholt, daß er letztere blos gegen Bosheit, Rachsucht etc. angewendet, bez. zugestanden wissen wolle. Die Thesen des Herrn Beeger wurden schließlich mit allen gegen 10 Stimmen und einstimmig folgende, von Herrn Seminarlehrer Halben (Hamburg) proponirte Resolution acceptirt: „Die Delegirtenversammlung beauftragt ihren Ausschuß, dem nächsten Lehrertage eine Eingabe an die Reichsbehörden, betreffend die Bestimmung des Strafgesetzbuches in Beziehung auf die Schule vorzulegen." Das Thema: „Die unerläßlichen Erfordernisse zur Wahrung und Hebung der Bildung und Gesittung des gesammten Volkes" gab alsdann zu einer sehr langen und lebhaften Debatte Anlaß. Der diesbezügliche Referent, Herr Freyer (Leipzig) vertheidigte folgende Thesen: 1) „Erfordernisse, die von pädagogischer Seite zu erfüllen sind: a. Allerorten ein Volksschulunterricht, durch welchen jedem normal befähigten Kinde, die für's Leben in der Gegenwart und nächsten Zukunft nöthigen elementaren Kenntnisse und Fertigkeiten in wirklich hinreichendem Maße angeeignet werden, und eine Schulzucht, die getragen von sittlichem Ernste, unter zweckmäßiger Anwendung von Milde und Strenge die Jugend an alles Löbliche, insbesondere an die Tugenden des Fleißes, der Ordnungsliebe, der Pünktlichkeit, der Wahrheitsliebe, der Ehrlichkeit, der Höflichkeit und Anständigkeit gewährt. b. Allerorten ein Religionsunterricht in Schule und Kirche, der mehr auf Belebung und Befestigung der Gottesfurcht, Gottes- und Menschenliebe und des Tugendsinnes, als auf Erzielung der Rechtgläubigkeit sein Absehen richtet. c. Allerorten Gründung und Unterhaltung von Vereinen für Volksbildung und Volkserziehung, in denen durch Ansammlung und Vertheilung guter Volks-Schriften und durch populär wissenschaftliche Vorträge, insbesondere auch durch Vorträge erzieherischen Inhalts das Wissens-Interesse und die Intelligenz Erwachsener erhalten und gesteigert und auf die Familien-Erziehung veredelnd eingewirkt wird. d. Allerorten Errichtung und Vermehrung von Kindergärten für Kinder von 3—6 Jahren. — 2) Erfordernisse, welche von staatlicher und communaler Seite zu erfüllen sind: e. Der Zahl nach hinreichende, dabei zweckmäßig eingerichtete und mit Lehrmitteln wohlausgestattete Bildungsstätten für die Jugend. f. Opferbereite Fürsorge für eine gediegene Lehrer- und Erzieherbildung. g. Beseitigung des Lehrermangels durch bessere Dotirung und Würdigung des Volksbildnerberufes. h. Verlängerung der Schulzeit bis zum 15. Jahre, Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen. — 3) Erfordernisse, welche von Seiten der Presse, des öffentlichen und des individuellen Lebens zu erfüllen sind. i. Fleißigere Verbreitung wissenschaftlichen Lernstoffes und erziehlicher Grundsätze in Regeln in der Tagespresse. k. Vermeidung und Verhinderung des mehr und mehr sich verbreitenden frivolen und trivialen, Geschmack und Sitten verderbenden Wesens in der Presse, auf der Bühne, in öffentlichen Localen, in geselligen Kreisen und auf offener Straße. l) Selbstzucht aller Erwachsenen nach den altbekannten christlich ethischen Grundsätzen und nach leuchtenden geschichtlichen Vorbildern der Tugend und Ehrbarkeit. m. größere Opferwilligkeit Begüterter im Interesse der Volksbildung und Volkserziehung." — Herr Neumann (Neustadt-Eberswalde): Es werde von gewisser Seite geäußert, die fortschreitende Intelligenz trage an dem Verfall der Sittlichkeit Schuld. Das Gegentheil bezeugen die Berliner Verhältnisse. Laut amtlicher Statistik bestehe der verschwindend kleinste Theil der in Berlin wegen Verbrechen Abgeurtheilten aus wirklichen Berlinern; die meisten von jenen seien in den östlich-deutschen Provinzen geboren und erzogen. Auch sei nachgewiesen, daß beispielsweise bezüglich der Beschädigung öffentlicher Anlagen das Betragen der Berliner Schuljugend in den letzten Jahren ein bedeutend besseres geworden sei. Man sehe also, daß in denjenigen Gegenden, wo der größte kirchliche Fanatismus und mindeste Schulbildung vorhanden, auch die Sittenlosigkeit etc. die größte sei. Es sei daher nothwendig, daß der Religions-Unterricht in den Schulen nur insoweit gelehrt werde, als er zur wahren Gottesfurcht und Menschenliebe, aber nicht zum Fanatismus beitrage. Im Mittelalter habe die Kirche es verstanden, sich aller Herzen zu bemächtigen, daß in der Gegenwart die Volksschule dies nicht verstanden, ja, daß sie quasi im Allgemeinen als ein bloßes nothwendiges Uebel angesehen und der „Schulmeister" schon fast zur lächerlichen Figur herabgewürdigt worden, sei eben die Haupt-Ursache aller socialen Uebel. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) — Herr Seminar-Director, Dr. Jütting (Erfurt): Er erachte die Frage: „ob confessionelle, oder Simultanschule?" noch nicht für spruchreif; bemerken wolle er nur, daß er ganz entschieden gegen die reinen Staatsschulen sei. Diese dürften nur zu Zuständen, ähnlich denen Amerikas, führen. Nur auf dem Boden der christlichen Ethik könne die Schule für das allgemeine Wohl förderlich wirken. Allein der Kirche müsse die Herrschaft über die Schule voll und ganz entzogen werden. Die Statistik lehre, daß in allen denjenigen Ländern, wo der kirchliche Fanatismus seine Blüthen treibe, wie in Rom, im Süden Italiens, in Spanien, Belgien, Holland u. s. w. die größte Sittenlosigkeit herrsche (Rufe: Sehr wahr, sehr richtig!), sehr viel zu dem gegenwärtigen Sittenverfall, den man zumeist auf Conto der Schule schreibe, haben die Fortschritte der Neuzeit beigetragen. Er (Redner) habe keine Veranlassung, den mittelalterlichen Feudalstaat zurückzuwünschen; aber der immer größer werdende Verfall des Kleinhandwerks sei im Interesse der Sittlichkeit tief zu bedauern. Er treibe einen großen Theil der fast noch im jugendlichen Alter stehenden Knaben und Mädchen in die Fabriken, die zumeist quasi die Gymnasien aller Sitten- und Zuchtlosigkeit bilden. (Stürmischer Beifall.) Einen größeren Schutz und Fürsorge dieser Arbeiterjugend angedeihen zu lassen, sei eine heilige Pflicht der Staatsregierung. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.) — Nach langer Debatte, in welcher sich alle Redner in gleichem Sinne äußerten, wurde einstimmig beschlossen: den von Herrn Freyer aufgestellten Thesen mit dem Zusatzantrage des Herrn Backhaus, Schulinspector aus Osnabrück: „Für die Erziehung trägt die Hauptverantwortlichkeit die Familie", generaliter beizupflichten. — Auf Antrag des Herrn Clausnitzer (Berlin) beauftragte alsdann die Versammlung den Vorstand: Herrn Musikdirector Erk in Berlin zu seinem am 10. d. stattfindenden Jubiläum Namens des Lehrertages zu beglückwünschen. — Mit einem dreifachen Hoch auf die Regierungs- und städtischen Behörden und Einwohnerschaft Erfurts und dem allgemeinen Gesange: „Der ewig reiche Gott woll uns bei unserm Leben ein immer fröhlich Herz und edlen Frieden geben" u. s. w. schloß der Vorsitzende, Herr Beeger (Leipzig), den ersten deutschen Lehrertag.

Wiesbaden, 8. Juni. [Verbot.] Durch Verfügung der Königl. Regierung wurden die etwa aus Anlaß des am 16. d. Mts. stattfindenden Jubelfestes der Erwählung des Cardinals Grafen Mastai Feretti zum Papste beabsichtigten außerordentlichen Processionen in den katholischen Gemeinden als eine nicht hergebrachte kirchliche Feier verboten.

Bamberg, 8. Juni. [Erklärung.] Im hiesigen „Volksblatt" finden wir folgende Erklärung: „Im Hinblick auf das mir so eben mitgetheilte, in Bamberg ausgestreute Gerücht, als hätte ich gelegentlich der Münchener Neuwahlen, sei es persönlich oder für die ultramontane Partei, der ich angehöre, mit den Socialdemokraten Münchens ein Bündniß für die Wahl eingegangen, erkläre ich hiermit ein für alle Mal, daß eine solche mir zur Last gelegte Handlung eine böswillige Verleumdung und grobe Lüge ist, da ich auch nicht einen einzigen Socialdemokraten Münchens kenne und mit einem solchen deshalb noch mein erstes Wort zu sprechen hätte. Dies zur Steuer der Wahrheit und als Antwort auf das böswillig ausgestreute Gerücht. München, den 1. Juni 1876. Dr. Schüttinger, königlicher Advocat, z. Z. Abgeordneter."

Frankreich.

⊙ **Paris**, 7. Juni, Abends. [Zur orientalischen Frage. — Der neue Sultan und der Khedive. — Parlamentarisches.] Der Telegraph hat uns heute mit einer Sündfluth von Depeschen, welche alle die orientalische Frage zum Gegenstande haben, überschüttet. Je mehr Depeschen, um so weniger weiß man, was von der Lage zu halten. Die Russen, heißt es, ziehen unweit Bender eine Armee zusammen, die serbischen Truppen marschiren mit 120 Kanonen gegen die türkische Grenze, aus Montenegro dürfen keine Privat-Telegramme mehr versandt werden. Lauter böse Anzeichen; Vor Allem quälten sich die politischen Kreise und die Börse mit der Frage, warum Kaiser Wilhelm nicht nach Ems gegangen, was Bismark bewogen haben kann, ihn von dieser Reise abzuhalten? Bedeutet dies eine Erkaltung zwischen Berlin und Petersburg? Vollzieht sich eine Annäherung zwischen Deutschland und England? — Hierauf antwortete dann ein Telegramm des Inhalts, daß die Reise des Kaisers Wilhelm von einer neuen Conferenz, welche die drei Kanzler in Berlin halten wollen, abhängig sein wird. Niemand kann sich am Ende darüber wundern, daß die Kanzler das Bedürfniß einer neuen Verständigung fühlen, denn seit der Berliner Conferenz ist eine vollständige Veränderung der Lage eingetreten, daß Niemand mehr den alten Standpunkt einzunehmen scheint. Aber, nachdem die letzte Versammlung der drei Kanzler in Berlin ein so zweifelhaftes Resultat ergeben, nachdem die Westmächte entschiedener in die Action einzugreifen schienen, wundert man sich doch hier einigermaßen, nun wieder von einer Conferenz zu hören, bei welcher blos die drei Kaiserreiche vertreten wären. Einen Augenblick hieß es, auf die Nachricht von dem Ausbleiben des Kaisers Wilhelm habe Kaiser Alexander beschlossen, sofort nach Petersburg zurückzukehren, und dieses Gerücht verursacht beträchtliche Aufregung; aber auch ihm wurde bald widersprochen durch die Mittheilung, daß Rußland auf's Neue seinen Entschluß erklärt habe, nur in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten handeln zu wollen. Sogleich erhebt sich aber ein neues Fragezeichen: Was wird in Egypten geschehen? wird der Khedive der Aufforderung des Sultans Folge leisten und sich nach Konstantinopel begeben? Man begreift, daß diese Einladung dem Vicekönig wenig angenehm ist, um so weniger, als er persönlich in schlechtem Verhältniß zu Murad V. steht. Ueber diesen Punkt macht die „France", die sich sehr gut unterrichtet glaubt, heute Abend folgende Mittheilung: „Die vollständige Trennung Egyptens von der Türkei steht auf dem Punkte, eine vollendete Thatsache zu werden. Die Forderungen des neuen Sultans, welcher von seinem Vasallen Subsidien und ein Militärcontingent verlangt, haben den Khedive erschreckt. Der letztere, im Einverständniß mit England, glaubt ungestraft dem stumpfen Blitzstrahl seines Suzeräns trotzen zu können und die hohe Pforte weiß heute, daß, wenn sie darauf bestände, eine effective Unterstützung zu erhalten, man ihr mit einer officiellen Weigerung, dem Vorspiel einer definitiven Zerstückelung des ottomanischen Reiches, antworten würde. Aber die Minister Murad's V. lassen sich durch eine solche Kleinigkeit nicht erschrecken, sie bleiben bei ihrer Forderung, dergestalt, daß wir auf den plötzlichen und definitiven Bruch aller Vasallenbeziehungen zwischen Kairo und Stambul gefaßt sein müssen. So die „France", welche hierbei England, das um die Integrität der Türkei besorgte England eine eigenthümliche Rolle spielen läßt. Zum Ueberfluß geht heute Abend noch das Gerücht, daß England im Begriff stehe, Candia zu besetzen. Es gehört ungewöhnlicher Scharfsinn dazu, sich in dem Gewirr aller dieser Nachrichten zurechtzufinden, und die hiesigen Politiker verzichten denn auch darauf, aus den Tagesneuigkeiten ein Facit zu ziehen. Man entschließt sich abzuwarten, und dieser Entschluß ist um so löblicher, als er der einzig mögliche ist. — Die inneren Tagesangelegenheiten erfreuen sich nur geringer Beachtung. Sie sind übrigens nicht von großer Bedeutung. In der parlamentarischen Welt steht man immer noch dem Problem gegenüber, wie sich die Regierung zu dem Gemeindegesetz stellen wird. Man weiß darüber nichts Bestimmtes, und heute heißt es, im Gegensatze zu gestern, daß de Marcere seinen Entwurf zum Municipalgesetze aufrecht halten will, daß er aber das „Gambetta'sche Amendement mit einer kleinen Aenderung annehme. Nicht nur für Paris, sondern auch für Lyon, Marseille und Toulouse solle die Regierung das Recht behalten, den Bürgermeister zu ernennen. Marlou hat seinen Antrag, die Theilnehmer des Staatsstreichs in Anklage zu setzen, auf Zureden seiner Freunde aufgeschoben. Die Linke und linke Centrum des Senats beschlossen heute, bei der Wahl eines neuen lebenslänglichen Senators für Renouard zu stimmen.

⊙ **Paris**, 8. Juni. [Debatte über das Unterrichtsgesetz. — Aus dem Senat. — Rauc. — Orleanistisches.] Die Debatte über das Unterrichtsgesetz ist beendigt; mit 388 gegen 128 Stimmen ist der Gesetzentwurf des Unterrichtsministers Waddington angenommen. Die Staatsfacultäten behalten das alleinige Recht der Gradverleihung, und so ist wieder eine Episode des großen Kampfes zwischen dem Ultramontanismus und der bürgerlichen Gesellschaft zum Abschluß gekommen. Im vorigen Jahre hatte der Clerus die Partie gewonnen; einen Theil seines Gewinnes hat er diesmal herausgegeben. In der gestrigen Sitzung blieb nur noch über das Amendement Raoul Duval zu entscheiden; es war dies freilich das Wichtigste von allen, und Manches ließ sich zu seinen Gunsten sagen. Raoul Duval nimmt nicht für die Staatsfacultäten, sondern für den Staat oder vielmehr für den Unterrichtsminister das Recht der Gradverleihung in Anspruch. Der Unterrichtsminister soll nach ihm eine Prüfungs-Commission ernennen, welche nicht aus Professoren besteht, und vor welcher alle Candidaten der Staatsfacultäten sowohl als der freien Facultäten zu erscheinen hätten. Raoul Duval begründete diese Forderung in einer trefflichen Rede, welche merkwürdig genug gegen die jüngste Rede seines Parteigenossen de Cassagnac abstach. Er erklärte, blos den guten Ruf der Staats-Universität im Auge zu haben; man dürfe sie auch nicht dem Verdacht der Parteilichkeit aussetzen, welcher Verdacht unvermeidlich wäre, wenn ihre Professoren die Zöglinge der freien Facultäten zu prüfen hätten. Daß in Wahrheit Parteilichkeit zu befürchten stände, glaubt jedoch Raoul Duval nicht, und er protestirt entschieden gegen die Angriffe, welche vor Kurzem auf derselben Tribüne gegen die Universität und die „Ecole Normale" gerichtet worden. Paul de Cassagnac, der sich getroffen fühlte, unterbrach: „Ich habe als Katholik gesprochen, Sie sprechen als Protestant." (Beifall rechts.) Wir haben, antwortete R. Duval, hier weder als Katholiken noch als Protestanten, sondern als Franzosen zu sprechen. (Lebhafter Beifall.) Im Namen der Commission bekämpfte Barni das Amendement Duval in einer ebenfalls mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede. Es sei unmöglich, außerhalb der Facultäten zuverlässige Prüfungs-Commissionen zu recrutiren, und wenn man die Wahl dieser Commissionen ausschließlich einem Minister anheimgebe, so müßte man noch mehr als von Seiten der Facultäten eine einseitige Tendenz der Prüfenden befürchten. In der That dürfte mancher Minister selbst ohne jede böse Absicht dazu getrieben werden, nur Männer seiner eigenen Richtung in die Commissionen zu schicken. Daß die Universität mitunter verdächtigt werde, ließe sich nicht vermeiden; die Hauptsache ist, daß sie den Verdacht nicht rechtfertigt, und sie wird ihn um so weniger rechtfertigen, als unter ihren Professoren selbst die verschiedensten Richtungen vertreten sind. Die Universität darf nach dem Vorredner wie die Frau des Cäsar nicht beschuldigt werden. Man möge, meint Barni, dieses Vorrecht eben den Frauen der Cäsaren überlassen. Wer von ihnen sagt, daß kein Argwohn sie treffen darf, giebt der nicht zugleich ein bequemes Mittel, sie zu verstoßen, wenn sie dem Cäsar nicht mehr gefallen? Nach einer kurzen Replik R. Duval's ergriff Waddington das Wort. Er ließ den Absichten des bonapartistischen Redners Gerechtigkeit widerfahren, lehnte aber das ihm selber, dem Minister, zugedachte Vorrecht ab, aus denselben Gründen, welche Barni geltend gemacht hatte. Für R. Duval's Amendement stimmten nur 57 Deputirte, meist Bonapartisten; die Clericalen der Rechten enthielten sich der Abstimmung. Wenn sich im Bisherigen schon eine Spaltung der bonapartistischen Partei bekundete, so gab Rouher derselben neuerdings Ausdruck, indem er jetzt in einer sehr confusen Rede für die katholischen Facultäten das Recht zur Abhaltung der juridischen Baccalaureatsprüfung zu erlangen suchte. Dies wenigstens scheint der Sinn seiner Auseinandersetzung zu sein; denn es gelang ihm nicht, eine bestimmte Formel für den Antrag zu finden. Beaussire antwortete weitschweifiger als nöthig und man schritt endlich zur Abstimmung über das Gesammtgesetz, welche das Eingangs erwähnte Resultat lieferte. — Der Senat berieth gestern zur Abwechselung einmal wieder über sein Reglement. Er nahm unter Anderem einen Vorschlag Hubert-Delisle's an, wonach die Budgetcommission jedes Jahr beim Anfang der Session für alle Finanz-Angelegenheiten gewählt werden soll. Der Finanzminister Leon Say stimmte diesem Vorschlag zu, die Rechte stimmte für, die Linke gegen ihn, und er ging durch. Wenn hieraus die Rechte schloß, daß sie wieder im Begriff stehe, die Mehrheit im Senat zu haben, so wurde sie schnell eines Anderen belehrt, denn gleich darauf setzte die Linke auf Vorschlag Lavergne's die Wahl eines lebenslänglichen Senators für den 16. d. auf die Tagesordnung, obgleich die Gegenpartei große Anstrengungen machte, dieselbe bis in den nächsten Monat zu verschieben. — In den Couloirs der Versammlung hieß es, daß abermals mehrere Präfecten sich durch den entschiedenen Anschluß des Cabinets an die republikanische Mehrheit bewogen gefühlt haben, ihre Entlassung zu geben. — Unter den Verurtheilten und Flüchtlingen, deren Begnadigung Dufaure dem Präsidenten der Republik vorschlagen wird, befindet sich, wie es heißt, auch der ehemalige Deputirte Ranc, der bekanntlich gegenwärtig von Brüssel aus der „République française" Beiträge liefert. — Bocher, der Vertrauensmann der Prinzen von Orléans, hat den Journalen eine Note zugeschickt, worin er mittheilt, daß die Gebeine Louis Philipp's und seiner Gemahlin Marie Amélie von England nach Frankreich gebracht und in der Familiengruft zu Dreux beigesetzt werden sollen. Gleichzeitig wird man die sterblichen Reste der Herzogin von Orléans, der Herzogin Aumale und ihres Sohnes, des Prinzen von Condé, welche ebenfalls im Exil gestorben sind, nach Dreux bringen. Der Marschall-Präsident hat die nöthige Erlaubniß bereitwilligst gewährt. Es soll alles Aufsehen vermieden werden; auch die ältesten und erprobtesten Freunde, sagt Bocher, haben die Aufforderung erhalten, sich nicht an der Bestattung zu betheiligen. Der Graf von Paris und der Duc de Nemours sind schon in London, um die Särge ihrer Angehörigen zu begleiten; der Duc d'Aumale wird sich ebenfalls dahin begeben. Am Abend wird man an der französischen Küste landen, des Nachts soll ein Zug die Särge nach Dreux bringen, wo am frühen Morgen ihre Beisetzung erfolgen wird.

Großbritannien.

A. A.-C. **London**, 7. Juni. [Zur orientalischen Frage.] Wie der Pariser Correspondent der „Times" aus guter Quelle erfährt, hat der türkische Großvezier ein Schreiben erlassen, dessen Inhalt im Wesentlichen wie folgt lautet:

„Die Regierung des Sultans gewährt allen Insurgenten, die einwilligen ihre Unterwürfigkeit anzubieten, eine vollständige Amnestie. Um ihnen Zeit dazu zu gönnen, gewährt der Sultan einen sechswöchentlichen Waffenstillstand, vorbehaltlich der Bewegungen die nothwendig sind, um die Concentrirung der Truppen aufrecht zu erhalten und Nicsic aufs Neue zu verproviantiren."

Indem der Sultan den Insurgenten eine vollständige Amnestie gewährt, fügt der Correspondent hinzu, behandelt er sie als ein großmüthiger Souverain, aber doch als ein Souverain. Er giebt keines seiner Rechte preis; aber zu gleicher Zeit, nachdem er seine souverainen Rechte gewahrt, gewährt er einen Waffenstillstand, für den die Amnestie ein Vorwand ist, und gewährt ihn in der offenbaren Hoffnung, in der Zwischenzeit direkte Unterhandlungen anknüpfen zu können, oder auf alle Fälle, wie ich gleich auseinander setzen werde, den Insurgenten mittlerweile alle die Genugthuung zu gewähren, die sie vernünftiger Weise verlangen können. Seine Gründe für die Bewilligung eines sechswöchentlichen Waffenstillstandes sind zweifach. Er will nicht die von den drei Mächten fixirten Bedingungen acceptiren, denn er will nicht dem Memorandum beipflichten, welches einen zweimonatlichen Waffenstillstand beansprucht. Ueberdies würde der offerirte Waffenstillstand, gestern (Montag) beginnend, am 20. Juli ablaufen — ein Datum, das noch immer 2½ Monate für einen Sommerfeldzug disponibel läßt.

Um zu der obenerwähnten Auseinandersetzung zurückzukommen, so scheint es, daß der Konstantinopeler Plan darin besteht, nicht specielle Freiheiten den Christen, sondern sehr große allgemeine Freiheiten sämmtlichen Unterthanen des Sultans zu gewähren, und diese auf rasch und thätig organisirte Reformen beruhende Freiheiten würden solche sein, die diejenigen im Namen der rebellischen Christen verlangten übertreffen würden. Nach der Meinung der Staatsmänner der neuen Regierung sind bisher besondere Freiheiten für die Christen beansprucht worden, nicht allein auf Grund dessen, daß man sich für dieselben besonders interessirt, sondern weil man bezweckte, den politischen und socialen Dualismus zwischen Türken und Christen aufrecht zu erhalten und die Regierung daran zu verhindern, eine Fusion aller ihrer Unterthanen ohne Unterschied ihrer Confession durch gemeinsame Freiheiten für alle zu Stande zu bringen. Was demnach die Türkei will, ist, allgemeine Freiheiten zu gewähren und dieselben während dieser sechs Wochen in Kraft zu setzen, auf diese Weise alle aufrichtigen Gemüther in Europa befriedigend. Das ist die Meinung von Türkenfreunden, die mit den Plänen der neuen Machthaber in Konstantinopel bekannt zu sein scheinen und durch specielle Information in ihren türkischen Anlehnungen bestärkt werden. In dem Oppositionslager wird der Brief des Großveziers fast zu einem Gegenstand des Vorwurfs für die neue Regierung gemacht. Er enthält, so wird hervorgehoben, keine Garantie für die sich unterwerfenden Insurgenten, er ist nur die Wiederholung eines früheren Amnestievorschlages, in in stolzem und beleidigendem Tone abgefaßt und bezweckt hauptsächlich die freundliche Intervention der Mächte zu beseitigen, macht den Waffenstillstand nicht zu einem Zugeständniß, sondern einem Befehl, und unterwirft ihn (den Waffenstillstand) Beschränkungen, die ihn gefährlich für die Insurgenten machen. Denjenigen zufolge, die dieser Ansicht sind, werden die Insurgenten den Vorschlag verwerfen und es nicht schwierig finden, Europa die Zweckmäßigkeit dieser Verwerfung zu beweisen. In dem Zirkel, wo diese Meinung vorherrscht, wird sogar behauptet, daß diese Stimmung so allgemein war, daß Musurus Pascha, der türkische Botschafter in London, sich geweigert hätte,

eine Abschrift des empfangenen Communiqués zurückzulassen oder vorzulesen, mit dem Hinzufügen, er hoffe neue Mittheilungen zu erhalten, welche die Lücke in dem Brief des Großveziers ausfüllen würde, auf welche er aufmerksam gemacht wurde als er den Inhalt desselben dem englischen Cabinet bekannt machte. Schließlich will ich eine Meinung citiren, die mir gegenüber soeben ein standhafter Champion der Türkei abgegeben hat. Derselben zufolge hätte die Türkei einen Waffenstillstand oder eine Amnestie nicht gewähren sollen, ohne vorher offiziell mit den Mächten conferirt zu haben. Sie sollte sich erst vergewissert haben, welche Haltung sie einnehmen würde, im Falle ihre aufrichtigsten Anstrengungen nicht in eine Verständigung vor dem Ablaufe des Waffenstillstandes resultiren, und ermittelt haben, ob die Mächte ihrerseits ihre Aufrichtigkeit bekunden würden, indem sie nicht ihr ein Fiasco beimessen, welches die Schuld der Insurgenten allein sein würde. Abgesehen von diesem Briefe des Großveziers mag ich erwähnen, daß seit Lord Lyons' Rückkehr auf seinen Posten die öffentliche Meinung, bezüglich Englands, wesentlich modificirt worden ist. Es ist nunmehr bekannt, daß die vollkommenste Eintracht, über die von den Mächten vereinbarten allgemeinen Grundlagen existirt und daß diese Grundlagen, wie folgt zusammengefaßt werden mögen: Die Integrität des ottomanischen Reiches und die Nothwendigkeit, durch wirksame und legitime Zugeständnisse der beständigen Agitation in dem türkischen Reiche ein Ende zu setzen. Auf diesen Grundlagen werden die künftigen Unterhandlungen geführt werden oder werden schon geführt, denn was jetzt in Ems vorgeht, darf nicht außer Acht gelassen werden.

[Don Carlos] hat, wie verlautet, London plötzlich verlassen, ohne daß man weiß, wohin er sich gewendet hat. Man versichert, er befinde sich gegenwärtig in den Ver. Staaten.

[Großbritanniens Staats-Einnahmen] vom 1. April cr. bis 3. Juni betrugen amtlichen Ausweisen zufolge 12,889,499 Pfd. St. gegen 14,003,097 Pfd. St. in dem entsprechenden Zeitraum des vorgehenden Finanzjahres. Die Ausgaben in der angegebenen Zeit beliefen sich auf 13,709,352 Pfd. St. gegen 14,083,789 Pfd. St. in 1875. Das Guthaben des Staatsschatzes in der Bank von England betrug am 3. Juni 4,802,935 Pfd. St.

Amerika.

Newyork, 14. Mai. [Zum Prozeß Belknap. — Zur Präsidentenwahl.] Der vor dem Senate der Vereinigten Staaten als constitutioneller Spruchbehörde anhängige Anklageprozeß gegen den Ex-Kriegssecretär Belknap kam, so schreibt man der „N. Z.", auch in dieser Woche noch nicht zur Entscheidung, über die prozeßhindernde Einrede des Angeklagten, daß der Senat wegen der vor der formellen Anklageerhebung erfolgten Abdankung Belknap's gar keine Competenz mehr über die Anklage selbst zu entscheiden besitze. Der Senat setzte als Prozeßgericht seine Berathungen über diese Vorfrage zwar täglich bei verschlossenen Thüren fort, kam aber, indem wir dies schreiben, noch zu keinem Schlusse, was dem Publikum wie dem Nächstbetheiligten wenigstens dafür Gewähr leistet, daß diese fast nur vom theoretischen Standpunkte interessante Streitfrage sich einer gründlichen Besprechung für und wider von Seiten der hohen Richter zu erfreuen hat. Die Theilnahme des Volkes an diesem „Impeachment-Prozesse" ist nur eine höchst geringe, und wie auch die Entscheidung über den skandalösen Amtsmißbrauch eines der Hauptfreunde Grants ausfallen möge, so wird sich die Mehrheit dieser Matter of fact Nation ohne weitere Erhitzung bei dieser Entscheidung beruhigen und sich an der Thatsache genügen lassen, daß wenigstens Einer der corrupten Rathgeber des Präsidenten unwiderruflich bei Seite geschafft ist. Wir haben eben wichtigere und interessantere Dinge zu thun, als uns mit der Lösung constitutioneller Controversen zu befassen. Für das größere Publikum bildet die Philadelphier Weltausstellung und die täglichen Berichte, welche alle größeren Zeitungen über deren Aussehen, Fortgang und zukünftige Probabilitäten bringen, einen anziehenderen Gegenstand als geheime Senatssitzungen; und den an der politischen Bewegung activ oder passiv Theilnehmenden gewährt Unterhaltung wie Arbeit das immer mehr in Fluß kommende Hauptgeschäft des Centennial-Jahres: die Auffindung eines seiner würdigen Präsidenten, der, wie er auch heißen und aussehen möge, unter dem unvermeidlichen Beinamen „The centennial President" auf die Nachwelt kommen wird. Ob dieser „Hundertjährige" schon jetzt unter einem dem Volke bekannten Namen auf dem Boden der großen Republik einherwandelt, oder ob er zur rechten Zeit („in the nick of time") in Gestalt einer jetzt noch völlig obskuren Größe X plötzlich wie Minerva aus dem Haupte Jovis springen, oder ob diese Größe der herrschenden Partei angehören, oder sich als ein stiller Nestling der alten Demokratie erweisen, oder ob er parteifarblos aus dem Boden der „unabhängigen Reform" sprossen werde? — dies sind die Fragen, die uns jetzt vorzugsweise in Athem erhalten. Die letztere, nämlich die unabhängige Reform, trat in dieser Woche mit einem entschiedenen Schritte in die politische Arena ein. Die durch unseren verdienstvollen Landsmann Carl Schurz angeregte „Conferenz" wahrer Reformfreunde trat am 15. in dem größten Hotel unserer Metropole zusammen und erließ zunächst eine „Adresse an das amerikanische Volk." In dieser wird in klarer, phrasenloser Darstellung die gegenwärtige nationale Lage geschildert, die Erfordernisse, welchen ein vom Volke zu unterstützender Präsidentschaftscandidat, von welcher Seite er auch kommen möge, entsprechen müsse, in negativer und positiver Weise festgestellt und das Volk aufgefordert, nur einem solchen seine Stimme zu geben und sich zu diesem Zwecke in seinen betreffenden Bezirken zu „organisiren." — Um dem Volke dabei zum Mittelpunkt und zur Leitung zu dienen, wurde in der Conferenz ein Executivausschuß ernannt, an dessen Spitze das Volk mit Vergnügen Herrn Carl Schurz, die Seele der ganzen Bewegung, erblickt. Die Hauptthätigkeit des Reformausschusses wird jedoch erst eintreten, wenn durch die inzwischen erfolgten Nominationen der beiden Hauptparteien — der Republikaner in Cincinnati, der Demokraten in St. Louis, beide im Juni — sich herausgestellt haben wird, mit welchen bestimmten und faßbaren Persönlichkeiten man für oder wider zu thun haben wird.

New-York, 26. Mai. [Veränderungen im Cabinet des Präsidenten. — Präsidentschafts-Candidaten. — Von der Welt-Ausstellung.] Zu den interessantesten Ereignissen der letzten Woche, schreibt man der „K. Z.", gehören die in General Grant's Cabinet plötzlich eingetretenen Veränderungen. Der bisherige Inhaber der Generalanwalt-Stelle, Richter Pierrepont, wurde vom Präsidenten für die Gesandtschaft in England ernannt, nachdem deren Beibehaltung durch Herrn Schenck in Folge der Ergebnisse der gegen ihn anhängigen Congreß-Untersuchung (wegen seiner Betheiligung an dem berüchtigten Emma-Minen-Schwindel) zur Unmöglichkeit geworden. Die Generalanwaltschaft wurde dem Richter Taft, dem bisherigen Verwalter des Kriegssecretariats (seit Belknap's Abdankung) übertragen, und an dessen Stelle trat ein „homo novus", Herr Donald (kurz „Don") Cameron von Pennsylvanien in das Collegium der Rathgeber Herrn Grant's ein. Dieser letztere, ein Mann von kaum 40 Jahren, ist der Sohn des oftgenannten Vereinigten Staaten-Senators Simon Cameron, des Hauptes der Administrations-Republikaner des maßgebenden „Schlußstein-Staates" und des Meisters in der Kunst, sich auch mit seinen Gegnern zu vertragen. Alle diese von General Grant vorgenommenen Veränderungen, welche selbst den Congreß überraschten, wurden sämmtlich vom Senate mit einer Schnelligkeit, welche in der That nichts zu wünschen übrig ließ, nämlich im Verlauf von kaum einer Stunde, genehmigt. Unter diesen wird sich allem Anschein nach die Neuanstellung Herrn Cameron's als ein Schritt von politischer Meinung und Bedeutung mit Rücksicht auf die Präsidentschaftsfrage erweisen. Man nimmt nämlich, und wahrscheinlich mit Recht, an, daß mit der Anstellung Herrn Cameron's im Cabinet die Stimme der pennsylvanischen Delegation zur republicanischen National-Convention in Cincinnati für den Senator Conkling von New-York würde gewonnen werden, welcher als einer der zuverlässigsten und zugleich persönlich tadellosesten Anhänger der Grant'schen Regierung, die entschiedene Wahl des Präsidenten als sein Nachfolger sein soll, nachdem ihn selbst der Verlauf der Angelegenheiten jeden Gedanken an eine nochmalige Nomination und Wahl aufzugeben gezwungen hat. Unter den andern namhaften Präsidentschafts-Candidaten auf der republicanischen Seite sind hauptsächlich der Exsprecher Blaine, der in den nördlichen Staaten Ost und West (Maine, Minnesota) Sympathieen hat, und der Gouverneur Hayes von Ohio zu nennen, während Senator Morton von Indiana, trotz seines Anhanges in einigen Südstaaten, in der letzten Zeit mehr in den Hintergrund getreten ist. Der entschiedensten Sympathien bei dem Reform-Elemente beider Parteien erfreut sich noch immer der Schatzsecretär Bristow, jedoch steht als Hauptcandidat der Reform innerhalb der Partei-Organisationen noch Gouverneur Tilden von New-York da, obgleich dessen Chancen einer einmüthigen Nomination in St. Louis durch die Beschlüsse der Papiergeld-Demokratie von Ohio offenbar beeinträchtigt worden sind. Die Erklärung dieser für den Ex-Gouverneur Allen, der wegen seines Alters und seiner Unbedeutendheit nur als ein Stroh-Candidat angesehen werden kann, läßt auf einen stürmischen Kampf um die demokratische Candidatur schließen, dessen Ausgang für einen östlichen Candidaten und einen entschiedenen Vertreter des Hartgeld-Prinzips zweifelhaft erscheint. Unter diesen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn namentlich auf der demokratischen Seite der Glaube an einen „großen Unbekannten", als den kommenden Präsidentschafts-Candidaten, im Wachsen begriffen ist, und in der Presse in Ernst und Scherz daselbst im Bilde umzugehen anfängt. Ob noch weitere Aenderungen im Cabinet eintreten werden, wird von den Umständen abhängen. Nothwendig für die republikanische Partei bei dem Herannahen der Wahlcampagne würde es vor allen Dingen sein, das Haupt des Marine-Departements Robeson (von der Bosheit der Oppositionspresse in „Robberson", „Räubersohn" umgetauft), los zu werden. Die von Ausschüssen des Repräsentantenhauses geführten Untersuchungen der Flottenverwaltung, namentlich in den flotten Bauhäfen, haben vielfach zu den schmählichsten Bestätigungen der Anklagen gegen den Marinesecretär geführt, welche die Opposition seit Jahren gegen ihn vorgebracht hat. Sein Zusammenhang mit der schamlosesten Ausbeutung des Contractsystems ist mehrfach erwiesen worden, unter Anderem dargethan, daß er in einem Monat eine Summe von 80,000 D. bei einer Bank deponirte. Allein von einer schließlichen persönlichen Verantwortlichmachung wird kaum die Rede sein. Das Impeachment-Geschäft ist auf dem besten Wege, durch den Belknap'schen Vorgang, bei welchem sich der Senat noch immer in geheimen Sitzungen um die Vorfrage der Competenz herumstreitet, von Neuem in Mißcredit zu kommen, und was den freiwilligen Rücktritt Robeson's anlangt, so wird versichert, daß er zu tief in die geheime Geschichte der Speculationen des Weißen Hauses eingeweiht sei, um ihn, wie etwa früher den Secretär des Innern, Delano, zur Resignation zu drängen. Die Thätigkeit des Congresses fährt fort, eine unerquickliche und erfolgarme zu sein. Die Bestrebungen der demokratischen Mehrheit des Volkshauses, in allen Zweigen des Nationalhaushalts Abminderung und Einschränkung eintreten zu lassen, werden vom Senate nicht nur nicht unterstützt, sondern stoßen bei der Partei, welche auf die Fortdauer ihrer Macht in der Administration rechnet, auf Hindernisse aller Art, und so wird, um die Vertagung im Juni erzielen zu können, nur die Beschreitung des beliebten Weges compromissarischer Vereinbarung zwischen den beiden Häusern übrig bleiben, wobei den Interessen des Volkes gar kein oder nur wenig Gewinn erwächst. Leichter ist das Einverständniß anzubahnen bei Fragen, in denen das Interesse beider Parteien in einer Richtung liegt, wie bei dem höchst zweideutigen Plane der Aufnahme New-Mexicos als Staat oder der Uebertragung der Indianer-Angelegenheiten vom Departement des Innern auf das des Krieges. Nichtsdestoweniger kann der Mehrheit des Volkshauses das Verdienst nicht abgesprochen werden, der Vorarbeit für künftige gründliche Reform, welche in dem unerläßlichen Aufwühlen und Aufdecken von Mißbräuchen besteht, mit Eifer sich unterzogen zu haben. — Was über den jetzigen Stand und die zukünftigen Aussichten der Centennial-Weltausstellung täglich in der amerikanischen, namentlich der New-Yorker Tagespresse berichtet wird, und von da in die europäische übergeht, muß unter allen Umständen mit Vorsicht aufgenommen werden. Es ist aus bekannten Beweggründen vielfach sensationel übertrieben und gefärbt. Zum Beispiel lassen sich aus dem Abfall des Besuches seit der Eröffnung keineswegs so ungünstige Schlüsse auf den weiteren Verlauf des Unternehmens ziehen, als geschehen ist, wenn man erwägt, daß noch viele Abtheilungen der Ausstellung sich in unfertigem Zustande befinden, daß die Hauptmonate für diese erst bevorstehen und daß eine der Hauptfragen, die jetzt noch zu erledigen, die über die Eröffnung am Sonntag, ohne Zweifel über kurz oder lang im liberalen Sinne entschieden werden und damit allein die Gunst des Unternehmens beim Publikum sich verdoppeln wird.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 10. Juni. [Witterung] In dem westlichen Theile von Schlesien ist in Folge starker Gewitter die Temperatur eine kühle und erfrischende geworden. Die Glücklichen! Hier wird es mit jedem Tage wärmer. Am heutigen Morgen 7 Uhr zeigte der Thermometer im Schatten 18° R.

* [Personalien.] Berufen: der bisherige Pfarr-Vicar Paul Friedrich Adolf Kramm zum Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde von Cosel. Ueberwiesen: der seitherige Kreisrichter, nunmehrige Regierungs-Assessor v. Garnier aus Cosel dem hiesigen Regierungs-Collegio. Ernannt: der Landesälteste Schmidt auf Poßnitz, der Kreis-Deputirte, Rittergutsbesitzer Pohl auf Kalkau, und der Bürgermeister Engel in Neustadt O.-S. zu Civil-Commissarien für die zweite Pferde-Anshebungs- und Abnahme-Commission der Kreise Leobschütz, resp. Neisse und Neustadt, sowie der Forstaufseher Niedenführ zu Alt-Cöln in der Flößverwaltung Stoberau zum Flößmeister daselbst. Bestätigt: die Wahl des Hausbesitzers und Victualienhändlers Lehmann in Falkenberg O.-S. zum Rathmann, die Wiederwahl des bisherigen Rathmannes, Bäckermeister Stenzel daselbst und die Ersatzwahl des Premier-Lieutenants der Reserve, Hübner zu Pleß, als Rathmann; ferner die Vocation des katholischen Lehrers Ludwig zu Klebsch, Kreis Ratibor. Versetzt: der Kreisrichter Freiherr von Strachwitz zu Calorath i. Schl. an das Kreisgericht in Neisse, der Staatsanwalt Graf von Pückler als Stadtgerichtsrath an das Stadtgericht in Berlin, der Staatsanwalt Franz in Strehlen in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisgericht in Ratibor, der Bote und Executor Heising in Cosel an das Kreisgericht in Rybnik mit der Function bei den Gerichts-Commissionen in Loslau, der Bote und Executor Berg in Groß-Strehlitz an das Kreisgericht in Cosel, der Bote und Executor Padur in Tost an das Greisgericht in Gleiwitz, der Bote und Executor Muschalek in Gleiwitz an die Gerichts-Commissionen in Tost. Der Kreisrichter Franz in Beuthen O.-S. ist der Kreisgerichts-Deputation in Myslowitz unter Uebertragung der Function des Dirigenten zugeordnet. — Entlassen: der Kreisrichter von Garnier aus dem Justizdienste behufs Uebertritts in die innere Verwaltung.

⁑ [Zur Schul-Aufsicht in Oberschlesien.] Das Local-Schul-Inspectorat wurde übertragen dem Postmeister Wenge zu Sohrau für die katholische Schule zu Klisczow, Kreis Rybnik.

* [Sehr wünschenswerth.] In Oels sind bei der Kreissteuerkasse von dem königlichen Münz-Comptoir zu Berlin 14,000 Mark in 20-Pfennigstücken eingegangen. Diese neue Scheidemünze kann daselbst in Beuteln zu 100 Mark gegen Ersatz in Empfang genommen werden. 3200 Mark in 10-Pfennigstücken und 1600 Mark in 5-Pfennigstücken treffen nächster Tage ein.

s. **Waldenburg**, 9. Juni. [Aufruf. — Wahrscheinlicher Selbstmord.] Der Frhr. v. Zedlitz-Neukirch auf Kynau hat im „Waldenb. Wochenbl." im Auftrage des schlesischen Ausschusses der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer einen Aufruf zur Organisation einer socialen Reformpartei im Sinne der „Vereinigung" erlassen. Aus dem Aufruf geht hervor, daß derselbe die nächsten Wahlen im Auge hat. — Am Mittwoch Abend gegen 8¼ Uhr wurde auf der Bahnstrecke zwischen der Schifffahrt in Neu-Weisstein und dem Segen-Gottes-Tiefbau in Altwasser einem Manne, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach mit Absicht auf die Schienen gelegt, der Kopf vom Rumpfe getrennt.

t. **Landeshut**, 9. Juni. [Geld-Calamität.] Durch die begonnene Einziehung der alten Silberscheidemünzen hat sich ein großer Mangel an Nickelmünzen und 20-Pfennigstücken herausgestellt, da die öffentlichen Kassen und Einziehungsstellen nur mit geringen Beständen versehen waren, auch von weiterher ihren Bedarf nicht decken konnten. Alle Versuche, auch von privater Seite, von der Regierungshauptkasse in Liegnitz und dem Münz-Metall-Depot in Berlin diese Sorten zu erlangen, sind mit dem Bedeuten abgewiesen worden, daß keine Bestände vorhanden wären. Demzufolge ist die allgemeine Ansicht, daß die Einziehung zu frühzeitig angeordnet worden ist.

† **Neisse**, 9. Juni. [In Sachen des altkatholischen Vereins] zu Neisse wider die neukatholische Pfarrgemeinde daselbst ist durch Erkenntniß des königlichen Ober-Tribunals zu Berlin vom 9. Juni d. J. die von der verklagten Pfarrgemeinde gegen das Erkenntniß des königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen worden und sonach das den Altkatholiken zu Neisse an der Kreuzkirche daselbst eingeräumte Mitbenutzungsrecht rechtskräftig festgestellt.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.
(Section für Obst- und Gartenbau.)

Vorgelegt wurde in der Sitzung am 3. Mai 1876 das Programm zu der von dem Gartenbau-Verein für Neuvorpommern und Rügen am 14. bis 17. September a. c. zu Stralsund zu veranstaltenden Ausstellung.

Der Secretär erstattete Bericht über die durch ihn in den Tagen vom 6. bis 10. April a. c. vollzogene Vertheilung von Sämereien empfehlenswerther Gemüse und Florblumen. Nach demselben wurden zum Versuchsanbau und Bericht über die erzielten Culturerfolge an 123 Mitglieder gratis vertheilt, resp. versendet, zusammen 3585 Portionen, und zwar 1442 Portionen Gemüsesamen in 141 Sorten und 2143 Portionen Blumensamen in 219 Sorten. Dieselben waren theils aus den möglichst zuverlässigen Productionsquellen bezogen, ein größeres Sortiment Hülsenfrüchte hatte der Sectionsgarten geliefert und größere wie kleinere Sortimente meist werthvoller Blumensamen war der gütigen Zuwendung auswärtiger Mitglieder zu verdanken. Besonders letzterer Umstand hatte zur Folge, daß von den für diese Gratisvertheilung bestimmt gewesenen 180 Mk. nur 162 Mk. 52 Pf. zur Verwendung benöthigt waren, obschon die vertheilten Sämereien an und für sich einen mehrfach höheren Werth repräsentirten.

Ferner legte der Secretär vor die Nachweisungen mit Belägen der Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1875 für die Section selbst und für deren pomologischen und resp. Obst-Baumschul- und Versuchsgarten. Erstere wird dem Präsidium der Schlesischen Gesellschaft übergeben werden, mit Prüfung der Letzteren und derjenigen über die für die Gratisvertheilung der Sämereien erforderlich gewesenen Ausgaben wurde Herr Stadtgerichts-Secretär Kambach betraut.

Von Herrn Steiger Bombik zu Consol. Eisenbahngrube bei Beuthen O.-S. waren Mittheilungen eingegangen über die umfangreichen, durch im Herbst v. J. frühzeitig eingetretene Fröste und die Strenge des letzten Winters veranlaßten Schäden an Obstbäumen aller Art in dortiger Gegend und über die durch späte Frühjahrsfröste noch mehr herabgeminderten Aussichten auf eine diesjährige, selbst nur mäßige Obsternte.

Herr Kaufmann H. Hainauer hielt hierauf Vortrag: „Ueber französische Gärtner und die beachtenswerthesten Pariser öffentlichen Gartenanlagen". Herr Drahtwaaren-Fabrikant Algöver legte vor und überwies der Section das von ihm aus Amerika mitgebrachte Preisverzeichniß der Handelsgärtnerei von Reisig und Hexamer und den illustrirten Katalog der Fabrik-Firma Andrew J. Corcoran in New-York; in letzterem bezeichnete derselbe als besonders beachtenswerth die auch für gärtnerische Zwecke geeigneten, sich selbst regulirenden, auch äußerlich geschmackvoll dargestellten Windmühlen als Wasser-Pumpwerke. Derselbe legte mehrere Bogen vor mit getrockneten, aufgelegten Blättern amerikanischer Ahornarten in ihrer brillant bunten Herbstfärbung und den Wedeln verschiedener Farnenarten ꝛc., deren nach seiner Angabe mit günstiger Wirkung amerikanische Damen sich bedienen, um die glatt weiß polirten, nur mit Goldleisten gezierten Gyps-Wände und Decken ihrer Boudoirs damit zu schmücken, indem nach gegebenen Mustern dieselben aufgeklebt und mit Lack überzogen werden; sind die Blätter schmutzig geworden, so werden sie mit Leichtigkeit wieder heruntergebürstet und durch neue Muster ergänzt. Ferner präsentirte Herr Algöver noch einen echten amerikanischen Glasschneider und eine äußerst leicht handliche, für wenige Pfennige herzustellende, zeltartig aus Holzstäbchen und dünnem gitterartigen Gewebe construirte Vorrichtung, deren amerikanische Gärtner zum Schutz, z. B. von Melonen — oder einzeln stehender zarter Freiland-Zierpflanzen gegen Reif und Spätfröste oder auch stechende Sonnenstrahlen sich bedienen.

Die Sitzung am 24. Mai 1876 eröffnete der Secretär mit der Mittheilung, daß der bei Botanikern und Gärtnern weit und breit rühmlichst bekannte Herr Louis van Heutle, Eigenthümer eines der bedeutendsten handelsgärtnerischen Etablissements, Redacteur und Verleger des berühmten, reich illustrirten Werkes: „La Flore des Serres et des Jardins de l'Europe", Bürgermeister von Gandbrugge und Ritter hoher Orden, am 29. Juni 1810 zu Ypres in der Grafschaft West-Flandern geboren, am 9. Mai a. c. zu Gandbrugge bei Gent verstorben sei.

Herr Stadtgerichts-Secretär Kambach reichte die ihm in der letzten Sitzung zur Prüfung übergebenen beiden Rechnungsnachweise nebst Belägen, als von ihm richtig befunden, zurück und wurde hiernach über dieselben dem Secretär Decharge ertheilt. Hierauf hielt Herr Stadt-Forst- und Oekonomie-Rath Dr. Fintelmann seinen Schlußvortrag: „Ueber Baumpflanzungen in Städten". Herr Vortragender äußerte sich über das Ausheben, Beschneiden der Wurzeln und Kronen der zu verpflanzenden Bäume, die Zeit, die Art und Weise ihrer Verpflanzung, letzteres je nach deren Alter und Stammstärke, über die Pflege verpflanzter Bäume und Sträucher, z. B. durch öfteres Auflockern des Bodens, rechtzeitiges und angemessenes Bespritzen und Gießen, das Auslichten, das sogen. Kappen und schließlich auch über deren Schutz, beispielsweise durch richtiges Pfälen der sich in ihrer Bewurzelung noch nicht genügend gegen Stürme befestigten Bäume und gegen Thiere durch Umgebung der Stämme mit dornigen, trockenen Zweigen und sprach auch das vielseitig gefühlte Bedauern darüber aus, daß ältere wie neuere Baum- und Strauchpflanzungen ohne dauernd energische polizeiliche Beihilfe am wenigsten gegen Menschen zu schützen sind, durch deren Verunreinigungen des die Wurzeln umgebenden Bodens und andere Ungehörigkeiten, ja selbst Frevel verschiedenster Art, das Gedeihen und die Lebensdauer solcher Pflanzungen gefährdet, verkürzt, ja oft in kürzester Frist vernichtet würde.

Diesem folgte ein Vortrag des Kaufmann Herrn J. Kramer: „Beiträge zur Cultur der Pflanzen im Zimmer." Nachdem Herr Redner der Annehmlichkeit und des Nutzens der Pflanzencultur im Zimmer Erwähnung gethan und mit Gründen für Letzteren belegt, auch diejenigen angeführt hatte, welche viele Pflanzenliebhaber, die nur solche Cultur zu betreiben vermögen, dennoch davon abhalten, gab derselbe nach seinen eigenen Erfahrungen als Mittel zur Hebung der Zimmer-Pflanzencultur und als Hauptbedingung für Erhaltung und Wohlbefinden der in richtiger Auswahl besitzenden Pflanzen an: Zimmerlage nach Süden, oder doch südlich, des nothwendigen Lichtes wegen; gegen Staub und trockene Luft die zweckmäßigste Reinigungsweise der Pflanzen, wie auch sanftes Bespritzen derselben, am besten mittelst des schon vielfach bekannten Refraichiseur oder Drosophor, allmälige Verdunstung in deren nächster Nähe angebrachten reinen Wassers, was bei einigen Pflanzenfamilien, wie Farnen, Orchideen, einigen Palmen gar nicht zu entbehren ist, und überhaupt die äußerste Reinlichkeit. Herr Vortragender gießt seine Pflanzen mit bestem Erfolge nur mit warmem Regen- oder Flußwasser, so bald der Boden in den Töpfen trocken erscheint so lange, bis Abfließen von Wasser aus dem Abzugloche das Zeichen giebt, daß der Wurzelballen vollständig durchfeuchtet ist; es wird hierdurch der Gefahr etwaiger Versauerung des Bodens und des Einnistens allerlei Gethiers in diesem entgangen. Recht häufiges Luftgeben bei nicht zu niedriger Temperatur mit Vermeidung von Zugluft, aufmerksame Beobachtung und nicht ermüdende Liebe zur Sache werden die Freuden des Zimmergärtner an seinen Pfleglingen fördern.

Im Weiteren empfahl Herr Kramer, für die Cultur im Zimmer nur Pflanzen aus wärmeren Klimaten zu wählen, wie z. B. Palmen, Dracänen, Aroideen, Musaceen und Cycadeen und bemerkte dabei, daß er aus ersterer Familie mit vielem Glück cultivirte: u. a. Arecarubra Hort., Chamaedorea elegans Mart., Chamaerops excelsa Thnb., Cocos Romanzoffiana Cham., Corypha australis, R. Br., Hyophorbe indica Gaert., Livistona sinensis Mart., Phoenix silvestris Roxb., Seafortia elegans; von den Dracänen namentlich die grünblätterigen, beispielsweise die durch schönen Habitus ausgezeichnete Aletris fragrans; unter den Aroideen Philodendron pertusum Knth. als eine der bekanntesten und am leichtesten zu cultivirende Pflanze; von Musaceen empfehlen sich Musa Cavendishi Paxt, welche mit ihren großen hellgrünen Blättern zu Palmen und Dracänen einen schönen Contrast bildet.

Noch führte Herr Redner an, wie er auch mit härteren epiphyten tropischen Orchideen, welche sich unter Farnen und Selaginetten durch die bizarre Form und die Farbenpracht ihrer Blüthen, wie deren köstlichen Wohlgeruch als geschmackvolle Ausschmückung des Blumentisches auszeichnen, erfolgreiche Culturversuche im Zimmer machte, u. a. mit Cattleya Mossiae Hook., Cypripedium insigne Wall., Dendrobium nobile Lindt. Laelia crispa Rchb. fil., Adontog lossum grande Lindl., Oncidium papilio Lindl., Stanhopea tigrina Batem. und zu seiner Genugthuung bereits Dendrobium nobile und Cypripedium insigne zu schönster Blüthe brachte; zur Cultur auch dieser Pflanzengattung wolle er jedoch nur diejenigen ermuthigen, die schon Erfahrung in der Zimmercultur besitzen und mit ausdauernder Geduld ausgerüstet sind.

W. H. Müller.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Rom, 8. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte der Deputirte Massari die Regierung wegen der Gerüchte über außerordentliche Rüstungen Italiens. Der Ministerpräsident Depretis erklärte in Beantwortung der Interpellation, daß diese Gerüchte unbegründet seien. Die Regierung habe, abgesehen von der durch die Ereignisse in Salonichi veranlaßten Absendung einer Schiffsdivision in die türkischen Gewässer keinerlei andere Maßregeln wegen Erhöhung der Streitkräfte zu Lande oder zu Wasser getroffen. Depretis fügte hinzu, Niemand habe ein Recht zu dem Verdachte, daß das Ministerium eine Abenteuerpolitik treiben wolle, gleichwie Niemand ein Recht habe, eine Friedenspolitik um jeden Preis zu erwarten. Die Regierung werde nur mit Rücksicht auf die Interessen des Landes han-

deln. Italien bedürfe des Friedens und die Regierung werde danach trachten, den Frieden zu erhalten.

Versailles, 9. Juni. Der Senat berieth die Geschäftsordnung und nahm den Antrag des Oberst Andlam an, welcher sich für die Beschleunigung der Militär-Reorganisation ausspricht, und es für zulässig erklärt, daß die Commissionen zur Berathung von Militär-Angelegenheiten oder Commissionen, welche ministerieller Schriftstücke bedürfen, in Paris tagen können.

Konstantinopel, 8. Juni. „Havas-Reuter" melden, die Pforte ersuchte Serbien um Aufklärung über die Kriegsrüstungen. Die Aufforderung wäre aber höflichst gehalten und träge weder einen drohenden Charakter, noch die Form eines Ultimatums.

Triest, 9. Juni. Der Lloyddampfer „Achilles" ist heute Nachmittag 2½ Uhr mit der ostindischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

New-York, 9. Juni. Der Dampfer „Greece" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

(L. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Ems, 9. Juni. Kaiser Alexander wird hier bis zum 18. Juni verweilen, sodann nach Jugenheim und Weimar gehen und am 5. oder 18. Juli in Petersburg eintreffen. Kaiser Wilhelm wird hier am 13. d. M. erwartet. — Das Eintreffen des italienischen Kronprinzenpaares in Petersburg ist officiell auf den 17. Juli angekündigt.

Wien, 9. Juni. Wie der „Presse" telegraphisch gemeldet wird, beschlossen die Insurgenten die Ablehnung des neuesten türkischen Pacifications-Anerbietens. — Nach einer Depesche der „Deutschen Zeitung" aus Belgrad richtete die Pforte eine Note an Serbien, in welcher bedingungslose Abrüstung gefordert wird.

Prag, 9. Juni. Ein Telegramm der heutigen „Narodny Listy" aus Mostar meldet, daß Bassa Pascha von dort nach Ragusa abgegangen ist, um die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Nach einem Ragusa'er Telegramm desselben Blattes antworteten die Flüchtlinge, daß sie erst dann zurückkehren werden, wenn die Herzegowina nicht mehr türkisch ist.

Petersburg, 9. Juni. Ein Leitartikel des „Golos" über die Situation schließt mit der Erklärung, Rußland könne Angesichts der englischen Demonstrationen ruhig die Resultate der Umwälzung in Konstantinopel abwarten, da es bei seinen humanen Sympathieen für den Freiheitskampf der türkischen Slaven, der mit keiner Niederlage enden werde, seiner europäischen Alliirten sicher und daher einer kriegerischen Gegendemonstration nicht benöthigt sei.

Belgrad, 9. Juni. Die Insurgentenführer Karageorgiewitsch und Schewitsch lassen infolge der Weigerung der österreichischen Regierung, die von ihnen gemachten türkischen Gefangenen auf österreichischem Boden zu interniren, dieselben erschießen. Die Gesammtzahl der Gefangenen beträgt 2800 Mann.

Cettinje, 9. Juni. Wesselitzki ist nach Ragusa abgereist, um dem Unterstützungs-Comite für die herzegowinischen Flüchtlinge die Geldmittel zu überbringen, welche zur Verabreichung warmer Kost an die Flüchtlinge erforderlich sind.

Posen, 10. Juni. [Wollmarkt.] Es treffen umfassende Zufuhren ein, augenblicklich 10,000 Centner. Wäsche bis jetzt durchweg gut. Schurgewicht geringer. Der feste Schluß des Breslauer Marktes hat die Producenten fest gestimmt, dieselben haben ihre Forderungen erhöht.

Hauptkäufer sind Rheinländer, Franzosen werden heute erwartet. Kleinigkeiten bekannter Stämme sind mit 5 bis 6 Thlr. Preisabschlag gegen voriges Jahr verkauft. Die augenblickliche Situation des Marktes ist ziemlich günstig. (Telegr. Privat-Dep. der Bresl. Ztg.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 9. Juni, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 205, 05, Pariser Wechsel 81, 12, Wiener Wechsel 167, 40, Böhmische Westbahn 147¾, Elisabethbahn 117⅛, Galizier 159, Franzosen*) 216¼, Lombarden*) 64, Nordwestbahn —, Silberrente 57⅛, Papierrente 54¼. Russ. Bodencredit 85⅛, Russen 1872 89, Russ. Anleihe — —, Amerikaner de 1885 102, 1860er Loose 96⅛, 1864er Loose 254, 80. Creditact.*) 110⅛, Oest. Nationalb. 679, 00, Darmst. Bank 102, Brüsseler Bank —, —, Berliner Bankverein 84⅞, Frankfurter Wechslerbank 77¼, Deutsch-österreichische Bank 90⅞, Meininger Bank 76⅛, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 152¼, Continental —, —, Hess. Ludwigsbahn 98⅞, Oberhessen 72⅛, Ungarische Staatsloose 139, 00, do. Schtzw. alte 80⅝, do. neue 77⅜, Central-Pacific 91⅞, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 57⅛. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —. Internationale Speculationswerthe fest.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 110⅛, Franzosen 216⅛, Lombarden 65¾, 1860er Loose —, Elisabethbahn —, —, Franz-Josefsbahn —, Galizier —, Ungar. Staatsloose —, —, Reichsbank —, Darmst. Bank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 9. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 114¾, Silberrente 56¾, Creditactien 110⅛, Nordwestbahn —, 1860er Loose 96, Franzosen 540, Lombarden 166⅛, Italien. Rente 70, Vereinsbank 117¼, Laurahütte —, Commerzbank 87, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 126, Anglo-deutsche 54⅛, Internationale Bank 84¾, Amerikaner de 1885 96¼, Köln-Mindener St.-A. 100¼, Rheinische Eisenbahn do. 116¼, Bergisch-Märkische do. 82¾, Disconto 2⅜ pCt. — Steigend.

Wechselnotirungen: London lang 20, 41 Br., 20, 35 Gld., London kurz 20, 51 Br., 20, 43 Gld., Amsterdam 168, 30 Br., 167, 50 Gld., Wien 166, 00 Br., 164, 00 Gld., Paris 80, 90 Br., 80, 30 Gld., Petersburger Wechsel 262, 00 Br., 260, 00 Gld.

Hamburg, 9. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine behauptet. Roggen loco still, auf Termine behauptet. Weizen pr. Juni 207 Br., 206 Gd., pr. Sept.-October pr. 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. Roggen pr. Juni 165 Br., 163 Gd., pr. September-October pr. 1000 Kilo 163 Br., 162 Gd. Hafer fest. Gerste fest. Rüböl matt, loco 66⅛, pr. October pr. 200 Pfd. 66. Spiritus flau, pr. Juni 36¼, per Juli-August 37, per August-September 38, pr. September-October per 100 Liter 100% 39. Kaffee fest, Umsatz 4000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 12, 00 Br., 11, 90 Gd., per Juni 11, 90 Gd., per August-December 12, 60 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 9. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 6000 B., davon 1000 B. amerikanische.

Liverpool, 9. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Amerikaner Ankünfte stetiger, Surats unverändert.

Middl. Orleans 6³⁄₁₆, middl. amerikanische 6, fair Dhollerah 4⅜, middl. fair Dhollerah 4⅛, good middl. Dhollerah 3⅞, middl. Dhollerah 3⅝, fair Bengal 3⅞, good fair Broach —, new fair Domra 4¼, good fair Domra 4⅛, fair Madras 4, fair Pernam 6¼, fair Smyrna 5¼, fair Egyptian 5¾.

Upland nicht unter low middling August-September-Lieferung 6, Juni-Lieferung 5⅞ D.

Bremen, 9. Juni, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco 11, 85, pr. Juni 11, 85, pr. Juli 11, 95, pr. August-December 12, 70. Ruhig.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 9. 10.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	328''',99	328''',69	328''',85
Luftwärme	+ 22°,3	+ 17°,6	+ 14°,2
Dunstdruck	5''',40	5''',01	5''',44
Dunstsättigung	41 pCt.	58 pCt.	82 pCt.
Wind	SO. 2	SO. 1	SO. 2
Wetter	wolkig.	heiter.	heiter.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 20°,0.

Breslau, 10. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 96 Cm. U.-P. — M. 46 Cm.

Berliner Börse vom 8. Juni 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T	3	168,50 bz
do. do.	2 M.	3	168,70 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,395 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,05 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	251,85 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6½	265,60 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	167,10 bz
do. do.	2 M.	4½	165,90 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	104,75 bz
do. 4% ige	4	99,70 bz
Staats-Schuldscheine	3½	94,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,60 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,60 bzG
Pfandbr. Berliner	4½	102,20 bzG
Pommersche	3½	84,70 bzG
Posensche neue	4	94,90 bz
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98,40 bz
Pommersche	4	98 B
Posensche	4	97,10 bz
Preussische	4	97,10 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,30 B
Sächsische	4	98,70 B
Schlesische	4	97,25 bz
Badische Präm.-Anl.	4	118,75 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	121,25 bzB
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	108,10 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 248,50 bz
Badische 35 Fl.-Loose 134 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,40 bz
Oldenburger Loose 134,50 G

Ducaten 9,61 bzG	Fremd. Bkn. 99,90 B
Sover. 20,39 etbz	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,27 G	Oest. Bkn. 167,50 bz
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 266 bz
Dollars 4,18 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	102 bzG
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,20 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,30 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	108 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,20 bz
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,25 G
do. do. II. Em.	5	101,90 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109 bz
do. do. II. Em.	5	106,40 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	102,25 bzB
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,20 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,30 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 G
do. do.	4½	94,50 B
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,25 G
do. do. 4½%	4½	98 bz
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente (1/1.1/7. u. 1/4.1/10.)	4⅕	56,25 bzB; 1/4.1/10. 56,25 b
do. Papierrente (1/2.1/8. u. 1/5.1/11.)	4⅕	53,70 bz; 1/5.1/11. 54 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	93 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	95,60 G
do. Credit-Loose	—	305 B
do. 64er Loose	—	250 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	172 G
do. do. 1866	5	168,25 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	84,60 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	84,50 etbzG
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	82,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67,60 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,80 bzG
do. do. 1885	6	101,80 bzG
do. 5% Anleihe	5	102,20 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,30 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	68,50 G
Rumänische Anleihe	8	87 bz
Türkische Anleihe	5	11,25 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	65 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,50 G
Türken-Loose 35,75 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	99,50 G
do. III, v. St. 3½ g.	3½	85,25 bzG
do. do. VI.	4½	98,75 bzB
do. Hess. Nordbahn	5	103,90 G
Berlin-Görlitz	5	102,30 bz
do.	4½	92 G
do. Lit. C.	4½	89,40 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	94,10 bzG
do. do. H.	4½	92 B
do. do. J.	4½	89,25 bz
do. do. K.	4½	88,75 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,50 G
do. Lit. B.	4½	99,25 G
do. IV.	4	93 B
do. V.	4	90,50 G
Halle-Sorau-Guben	5	100,70 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,75 G
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,75 G
do. do. III. Ser.	4	96,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	85,50 B
do. C.	4	— —
do. D.	4	94 B
do. E.	3½	85,50 G
do. F.	4½	101,20 bzB
do. G.	4½	99 B
do. H.	4½	102,20 bz
do. von 1869	5	103,75 bz
do. von 1873	4	91,10 G
do. von 1874	4½	98,25 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	104,40 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,25 G
do. do. III. Em.	4½	99,25 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	76,50 bz
Ostpreuss. Südbahn	5	101,75 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	—
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Chemnitz-Komotau	5	43 G
Dux-Bodenbach	5	52 G
do. II. Emission	5	42 B
Prag-Dux	fr.	22,60 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	80,60 bz
do. do. neue	5	78 G
Kaschau-Oderberg	5	54,60 bzG
Ung. Nordostbahn	5	51,80 bz
Ung. Ostbahn	5	48,75 bz
Lemberg-Czernowitz	5	64,30 bzG
do. do. II.	5	64,30 bzG
do. do. III.	5	54 bzG
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	17,30 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	64 G
Oesterr.-Französische	3	317 bz
do. do. II.	3	295 bz
do. südl. Staatsbahn	3	226,75 bzG
do. neue	3	226,50 B
do. Obligationen	5	73 G
Warschau-Wien II.	5	93,50 bzG
do. III.	5	89,50 G
do. IV.	5	85 B
do. V.	5	82,90 bz

Bank-Discont 3½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 4½ pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	1	4	22 bzG
Berg.-Märkische	3	4	4	82,80 bz
Berlin-Anhalt	8⅔	8	4	109,75 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	24,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	39,50 bz
Berlin-Hamburg	12½	10	4	178 bz
Berl. Nordbahn	0	-	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1⅔	3	4	84,60 bzG
Berlin-Stettin	9¹¹⁄₂₀	9	4	120,10 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	72,75 bzG
Breslau-Freib.	7½	5½	4	76,80 bz
Cöln-Minden	6⁹⁄₂₀	—	4	100,50 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	3	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	8,99 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	79,50 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	10,75 bz
Hannover-Altenb.	0	—	4	15,50 G
Kaschau-Oderberg	5	0	5	36,50 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	6	5	43,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	175 bz
Märk.-Posener	0	0	4	21,60 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	87,25 bz
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	249 bz
do. Lit. B.	4	4	4	96,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	6	4	98,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,50 G
Oberschl. A. C. D. E.	12	10½	3½	136,50 bz
do. B.	12	10½	3½	126 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	429-32 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	207 G
Oest. Südb. (Lomb.)	1⅔	0	4	127-29-27 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	26,50 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	102 bzG
Reichenberg-Pard.	4⅔	4½	4½	48,50 bz
Rheinische	8	-	4	116,10 bzB
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	23,60 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	14 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	18 bzG
Schweiz Westbahn	0	—	4	17,25 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 bzB
Thüringer Lit. A.	7½	8½	4	132 bzG
Warschau-Wien	10	—	4	193 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	5	5	82 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	26 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	23 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	36,25 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	45 G
Märkisch-Posener	0	3½	5	74,50 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	65 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	91,75 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	73 bz
Pomm. Centralb.	0		fr.	- -
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	107,75 bzG
Rumänier	8	8	8	70 bzG
Saal-Bahn	2½	0	5	29,40 B
Weimar-Gera	5	2½	5	34,50 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	0	4	conv. — —
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	54 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅓	17,7	4	175 G
Berl. Handels.-Ges.	7	5	4	85 bz
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	8½	4	82,25 B
Braunschw. Bank.	7½	6½	4	92,50 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	62,50 bzG
Bresl. Maklerbank	9	0	4	
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	66 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	66,50 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	117,10 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	101,30 etbzG
Darmst. Zettelbk.	5½	5¼	4	94,50 bzG
Deutsche Bank	5	3	4	81 bzB
do. Reichsbank	—	—	4½	151,60 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	91,90 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	106,25 bzG
do. ult.	12	7	4	106-25 bz
Genossensch.-Bnk.	5	5½	4	86,50 B
do. junge	6	5½	4	90,50 bzG
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	9,25 bz
Goth. Grundcredb.	9	8	4	106,50 G
Hamb. Vereins.-B.	11½	9⁴⁄₉	4	117 G
Hannov. Bank	6⅔	6⁷⁄₁₅	4	131,60 bzG
Königsb. Ver.-Bank	5½	5¼	4	81,75 G
Lndw.-B. Kwilecki	6½	—	4	61 B
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	107 B
Luxemburg. Bank	9	6½	4	96 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	104 B
Meininger do.	4	3	4	76,10 bz
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	6⅔	4	126 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	98 B
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	47,50 G
Oest. Cred.-Actien	6⅔	5	4	219-21 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	98,90 bzB
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	97,25 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117,50 bzB
Sächs. Bank	10½	10	4	120,10 G
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	83,25 bzG
Schl. Bank-Verein	6	5	4	83,60 G
Schl. Vereinsbank	6	4½	4	87,70 B
Thüringer Bank	6	5	4	72,50 G
Weimar. Bank	5½	0	4	48 bzG
Wiener Unionsb.	5	2⁸⁄₇	4	95 B

In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	89 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	85 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4 G
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	41,75 bzG
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	96 bzG
Deutsche Unionsb.	3	6	fr.	78 bzB
Hannov. Disc.-Bk.	9	8⅓	fr.	87,50 G
Hessische Bank	0	—	fr.	55 B
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	87 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	52 B
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	4,25 etbzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7½	—	fr.	109 etbzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	14,75 bz
do. Reichs- u. Co.-E.	4	—	4	69,25 G
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	15,50 G
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	53,50 G
do. Papierfabr.	4	—	4	10,50 G
Westend, Com.-G.	8	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅔	18	4	127,10 G
Schles. Feuervers.	17	20	4	— —
Donnersmarkhütte	4	3	4	20,50 bz
Dortm. Union	0	-	4	3,90 G
Königs- u. Laurah.	10	—	4	56,50 bz
Lauchhammer	0	—	4	17,60 bz
Marienhütte	7½	—	4	64 etbzG
Moritzhütte	0	—	4	30 B
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	10,50 bzG
Redenhütte	0	—	4	1,40 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	15 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	6	4	81,50 B
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	85,90 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	39,50 G
Vorwärtshütte	1	—	4	15 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	37,25 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6½	4	46 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	48 G
Erdm. Spinnerei	4	1	4	25,10 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2½	—	4	41 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	12,50 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	27 B
Schl. Leinenind.	7½	—	4	82 B
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	0	4	12 G
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr	1,50 G [82 B
Schl. Wellw.-Fabr.	0	—	4	— —
Wilhelmshütte MA.	6	—	4	67 G

Berlin, 9. Juni. Im Allgemeinen zeigte die Börse nur wenig Abweichung von dem gestrigen Verkehr. Die Stimmung läßt sich indeß, abweichend von der Haltung der anderen Plätze, als eine beruhigtere bezeichnen und einzelne Devisen des internationalen Speculationsmarktes — wie Oesterreichischer Credit — bedangen selbst erhöhte Course. Ein recht reges Geschäft entwickelte sich in russischen Pfund-Sterl.-Anleihen, unsere Börse nahm in beträchtlichem Maße das Material auf, welches von London abgegeben wurde. Auch unter den Eisenbahnen zeichneten sich einige aus, für Anhalter erfand man die Absicht des Ankaufs Seitens des Staates und steigerte den Cours der Actien, Thüringer setzten ihre steigende Bewegung fort, während Potsdamer und Bergische etwas schwächer umgingen. Die Hauptthätigkeit der Börse blieb aber auch heute noch eingeschränkt, wenn gleich die Kriegs-Befürchtungen auch in den Geschäftskreisen mehr und mehr ruhigeren Erwägungen Platz machen. Oesterreichische Nebenbahnen trugen ebenfalls eine freundlichere Physiognomie. Galizier, Kaschau-Oderberger und Rudolfbahn anziehend. Die localen Speculationswerthe waren vernachlässigt, nur für Laura erwachte gegen Schluß der Börse einiges Interesse. Disconto-Commandit 106¼, ultimo 106—106,50, Dortmunder Union 3,90, Laurahütte 56,60, ultimo 56¾—¼—56,40. Die auswärtigen Staatsanleihen kamen zwar mit niedrigeren Coursen zur Notiz, haben aber ziemlich lebhafte Umsätze aufzuweisen, auch war die Stimmung eher fest. Oesterr. Renten und ebenso Türken gingen sehr rege um, Italiener blieben vernachlässigt, russische Werthe besserten sich etwas, Pfd. Sterl.-Anleihen zogen im Course an und nur Prämienanleihen blieben gedrückt und weichend. Preußische und andere deutsche Staatspapiere blieben unbelebt und änderten kaum ihren bisherigen Coursstand. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten zeigte eine leichte Besserung, ohne daß aber der Verkehr an Ausdehnung gewonnen hatte. Oesterr. Prioritäten trugen gerade keine ungünstige Stimmung, blieben aber immer noch sehr still, die Coursveränderungen waren unbedeutend. Russische Prioritäten matt und zum Theil wiederum niedriger. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte eine ziemlich feste Tendenz, die Umsätze gewannen aber nur in vereinzelten Fällen eine größere Ausdehnung. Die schweren rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen waren fast ganz geschäftslos und in den Coursen unverändert. Halberstädter kamen zwar etwas niedriger zur Notiz, waren später aber über Cours begehrt. Leichte Bahnen vernachlässigt. Werrabahn und Nahebahn bei belebtem Geschäft anziehend, Weimar-Gera dagegen nachgebend. Rumänen sehr matt, die neuen Obligationen wurden zu 54—55 gehandelt und dementsprechend blieb 1874er Coupon zu 6¼ M. zu lassen. Bankactien meist außerhalb des Verkehrs. Deutsche Unionbank belebt und höher, Hübner Hypotheken anziehend, Preuß. Bodencredit und Centralbank für Industrie weichend, Mecklenburger Hypotheken matt. Industriepapiere ohne regeres Geschäft. Continental-Pferdebahn angeboten und stark weichend, auch große Pferdebahn niedriger, Viehhof behauptet, Erdmannsdorfer Spinnerei beliebt, Flora und Westend offerirt, Germania und Centralstraße begehrt, Köpenicker chem. Fabrik in gutem Verkehr, auch in Hansa Schiffbau fanden ziemlich rege Umsätze statt. Montanwerthe sehr still. Gelsenkirchen matter, Donnersmarck gedrückt. — Um 2½ Uhr: Fest. Credit 221, Lombarden 130, Franzosen 433, Reichsbank 151⅛, Disconto-Commandit 106⅜, Dortmunder Union 3,90, Laurahütte 56⅜, Köln-Mindener 100¼, Rheinische 116, Bergische 82¾, Rumänen 18, Türken 10¾.

Berlin, 9. Juni. [Productenbericht.] Prachtvolle Witterung und weitere Rückschrittsbewegung sind die Kennzeichen des heutigen Marktes. Roggen ist neuerdings merklich billiger verkauft, schließt indessen etwas befestigt. Der Terminhandel war rege, loco hingegen blieb der Umsatz schwach. Roggenmehl niedriger. Weizen entschieden flau und billiger verkauft, hat zu gewichenen Preisen schließlich etwas mehr Beachtung gewonnen. Hafer loco matt, Termine ruhig, nur Herbst stark schwankend bei mäßigem Umsatz. Rüböl still, Herbst eine Kleinigkeit niedriger. Spiritus ist wesentlich gewichen, erholte sich im Laufe des Marktes aber bemerkbar.

Weizen loco 200—243 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — ab Bahn bez., pr. Juni 212—210—211 M. bez., pr. Juni-Juli 212—210—211 Mark bez., pr. Juli-August 214—212—213½ M. bez., pr. August-September — Mark bez., pr. September-October 215½—214—216 Mk. bez. Gekündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis 211 Mk. — Roggen loco 166—186 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. und poln. 166 bis 172 Mark bez., inländ. — M. bez., schwedischer — Mark, defect russ. — Mk. ab Bahn bez., pr. Frühjahr — Mk. bez., pr. Juni 168—166—168 Mark bez., pr. Juni-Juli 164—162—164 Mark bez., per Juli-August 162—160—162 M. bez., per September-October 164—162—163½ Mark bez., per October — Mk. ab Bahn bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Gerste loco 153—183 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 153—198 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 180 bis 187 Mk. bez., russischer 175—188 Mark bez. pommerscher und mecklenburgischer 190—194 Mark bez., böhmischer — Mark, schwedischer 190—195 Mark ab Bahn bez., pr. Frühjahr — Mark bez., pr. Juni 170—171 M. bez., per Juni-Juli 170—171 Mk. bez., pr. Juli-August 164—165 Mk. bez., pr. September-October 157½—159—158½ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mk. bez. — Erbsen, Kochwaare 193—225 M., Futterwaare 180 bis 192 Mk. — Gekündigt — Ctnr. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 30,50—29,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 28,00 bis 27,00 M. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack: Nr. 0: 26,00—24,50 M., Nr. 0 und 1: 24,00—22,50 Mark bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. incl. Sack Nr. 0 und 1: pr. Mai-Juni 23,20—23 Mark bez., pr. Juni-Juli 23,20—23 Mark bez., pr. Juli-August 23,15—23 Mark bez., pr. August-September 23,10—22,95 M. bez., pr. Sept.-October 23,10—22,90 M. bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 65 M. bez., pr. Juni 66,1—66 M. bez., pr. Juni-Juli 65,5 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., per September-October 65,6—2—5 M. bez., pr. October-November — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco — Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 27,5 M. ab Bahn bez., pr. September-October 26,1 Mark bez., pr. April — Mk. bez. — Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" per 10,00 pCt. 51 Mk. bez., mit leichten Gebinden — M. bez., ab Speicher — M. bez., „mit Faß" — Mark bez., pr. Juni 51—50,6—3 Mark bez., pr. Juni-Juli 51—50,6—3 Mark bez., pr. Juli-August 51,4—51—51,7 Mark bez., pr. August-Septbr. 52—51,5—52,3 Mark bez., pr. September-October 51,4—51—51,7 Mk. bez., pr. October-November 50,5—50—50,7 Mk. bez. Gekündigt 90,000 Liter. — Kündigungspreis 51 Mark.

Breslau, 10. Juni, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren, Preise fast unverändert.

Weizen nur feine Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,30 bis 20,80—22,40 Mark, gelber 18,30—19,50—21,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 17,00 bis 18,00 bis 19,25 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,30 bis 15,30—16,30 Mark, weiße 17,00—17,50 Mark.

Hafer gut behauptet, per 100 Kilogr. 18,30—19,50—20,50 Mark, feinster über Notiz.

Mais mehr angeboten, per 100 Kilogr. 13,50 bis 14,80 Mark.

Erbsen ohne Angebot, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mark.

Lupinen unverändert, per 100 Kilogr. gelbe 10,00 bis 11,50 Mark, blaue 10,00—11,50 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	28	50	27	25	26	50
Winterrübsen	27	25	26	—	25	25
Sommerrübsen	28	50	27	50	26	—
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen in besserer Stimmung, pr. 50 Kilogr. 7,60—7,80 Mark, pr. September-October 7,60 Mark.

Leinkuchen gut verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 50—58—60—63 Mark, weißer pr. 50 Kilogr. 58—60—62—66 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 36—39—42 Mark.

Mehl in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein alt 33,50 bis 34,50 Mark, neu 31,25—32,25 Mark, Roggen fein 29,75—30,25 Mark, Hausbacken 28,25—29,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8—9 Mark.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.